

# DEUTSCHE POLIZEI

April 2013 ZEITSCHRIFT DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI



## Am Ende wartet der Tod

Alltag auf den Straßen:  
Überholen, Rasen, Drängeln

**TARIFRUNDE 2013:  
Urlaub gerettet!  
Einkommen erhöht!**

# Wissen schafft Vorsprung!



## Unser Klassiker:

### Das Polizei-Fach-Handbuch

- Für Ausbildung, Studium, Prüfung und Praxis
- Beinhaltet alle polizeirelevanten Gesetze, Verordnungen, Erlasse, Dienstanweisungen etc.
- Immer auf dem neuesten Stand durch das Loseblattsystem und die CD-ROM-Updates
- Praxisnahe Erläuterungen für die wichtigsten Rechtsgebiete

Und das alles schnell und preiswert – vergleichen Sie selbst!

## Fachliteratur für Ausbildung und Praxis

- Beamten- und Disziplinarrecht
- Eingriffsrecht
- Einsatzlehre, Einsatzrecht, Führungslehre
- Fremdsprachen für die Polizei
- Kriminalistik / Kriminologie
- Prüfungswissen / Repetitorien
- Politikwissenschaften / Soziologie
- Polizeirecht
- Psychologie
- Staats- und Verfassungsrecht / Versammlungsrecht
- Strafrecht und Strafprozessrecht
- Straßenverkehr



Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeiten unter: [www.VDPolizei.de](http://www.VDPolizei.de)

**VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Buchvertrieb**

Forststraße 3a • 40721 Hilden • Tel.: 0211/7104-212 • Fax: -270 • E-Mail: [vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de](mailto:vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de) • [www.VDPolizei.de](http://www.VDPolizei.de)



Die Zahlen waren alarmierend und sie sind es bis heute. „Deutschland auf dem Weg zum Einbrecherparadies“ warnte die Gewerkschaft der Polizei Ende März letzten Jahres. Die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) 2011 unterstrich die Befürchtungen der GdP: Besonders drastisch zugenommen hatten mit 9,3 Prozent Wohnungseinbruchdiebstähle (WED). Auch für das Jahr 2012 sieht es düster aus. Der Einsatz künstlicher DNA soll nun die Präventionspalette erweitern.

**Seite 10**

**Europäischer  
Polizeikongress**



Ein Treffpunkt für Fachgespräche am Rande der zweitägigen Konferenz Mitte Februar war der neu gestaltete Stand der Gewerkschaft der Polizei.

**Seite 17**

**Tarifrunde**



Als ein „insgesamt akzeptables Ergebnis“ wertete der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Bernhard Witthaut, die in den frühen Morgenstunden des 9. März nach zähen Verhandlungen um eine spürbare Erhöhung der Einkommen für rund 800.000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes der Länder in Potsdam erzielte Einigung mit den Arbeitgebern des öffentlichen Dienstes.

**Seite 20**

**INHALT** **April 2013**

**KOMMENTAR** Gefahr erkannt, Gefahr gebannt? **2**

**FORUM** **2**

**TITEL/VERKEHRSGERICHTSTAG** Rowdys, Raser – Deutsche Autofahrer immer aggressiver? **4**

**KRIMINALITÄT** Künstliche DNA – Prävention durch Abschreckung **10**

**POLITISCHE KONTAKTE** GdP-Delegation trifft neuen IMK-Vorsitzenden **14**

**BUNDESFACHAUSSCHUSS SCHUTZPOLIZEI** Wechselschichtdienst im Fokus der Beratungen **15**

**MITBESTIMMUNG** Deutscher Personalrätepreis 2013 **16**

**EUROPÄISCHER POLIZEIKONGRESS** GdP-Stand als Anziehungspunkt für Sicherheitsexperten **17**

**TARIFRUNDE 2013** Urlaub gerettet! Einkommen erhöht! **20**

**FRAUENGRUPPE (BUND)** GdP-Mentoring-Projekt für Frauen **22**

Zwischenbilanz aus Niedersachsen **23**

Erfahrungsbericht: Was verbindet die Direktionsgruppen Pirna und Hannover? **24**

Erste Eindrücke des Bremer Tandem **25**

**GLEICHSTELLUNG** Studie zu Beurteilungen im Polizeivollzugsdienst abgeschlossen! **25**

**GDP INTERN** Zeitungsartikel löst masive Kritik aus **28**

Forum zum Beitrag in der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ **30**

**GEWALT GEGEN POLIZEI** Düsseldorfer Autor mit GdP-Stern ausgezeichnet **31**

**AUS DEN LÄNDERN** Kernaufgaben der Sicherheit und fiskalische Überlegungen miteinander vereinbar? **32**

**KINDERSCHUTZ** Fünf Jahre Kinderschutzhotline in Mecklenburg-Vorpommern **37**

**SENIORENJOURNAL** **39**

**BÜCHER/IMPRESSUM** **40**



## Gefahr erkannt, Gefahr gebannt?

Wenn der Winter in den letzten Zügen liegt und die dunkle Jahreszeit sich dem Ende neigt, erreichen uns Stück für Stück die Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistiken der Länder. Die Gewerkschaft der Polizei sammelt, zählt zusammen und bewertet die bekannt gewordene Kriminalität, noch bevor der Bundesinnenminister und der IMK-Vorsitzende die Öffentlichkeit offiziell informieren. In den letzten Jahren ist dabei zunehmend der Wohnungseinbruchdiebstahl in den Blickpunkt geraten. Gegenüber der Presse hat die GdP gewarnt, Deutschland sei auf dem Weg zum Einbrecherparadies. Aus

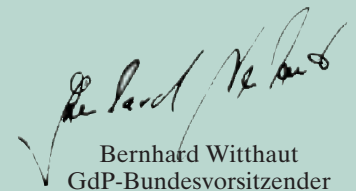


den Reihen der Politik verlaute unterdessen kaum Konstruktives. Vor allem von Besorgnis war die Rede und von Absichten. Nach einem wiederum deutlichen Anstieg der Deliktzahlen im Jahr 2012 scheint das Problem endlich bei den Innenministern angekommen zu sein. Sie vergegenwärtigen, dass die Bürger durch das Bekanntwerden vermehrter Angriffe auf ihren privaten Lebensraum stark verunsichert werden. Wer

einmal Opfer eines Einbruchs geworden ist, weiß sowieso, wie hilflos und ausgeliefert man in seiner vom Einbrecher betretenen Wohnung fühlt. Nach Erkenntnissen der Ermittler handelt es sich bei den Tätern oftmals um Berufskriminelle, die zum Teil aus dem Ausland einreisen, um gezielt auf Diebestour zu gehen.

Angesichts der besorgniserregenden Entwicklung packt Bayerns Innenminister Joachim Herrmann das Problem jetzt offensiv an und will sich bundesweit für eng abgestimmte Bekämpfungsmaßnahmen einsetzen. Baden-Württembergs Innenminister Reinhold Gall zieht mit und kündigt an, das Thema Wohnungseinbrüche bei der Frühjahrskonferenz der Innenminister- und Senatoren Ende Mai in Hannover zu behandeln. Die Polizei in Bund und Ländern erarbeite derzeit Gegenkonzepte, versichert der Minister. Auch Nordrhein-Westfalens Innenminister Ralf Jäger reagierte bereits auf die bundesweite Zunahme der Einbruchszahlen. Er will verbesserte örtliche Analysen, eine systematische Spurensicherung und tagesaktuelle, landesweite Lageinformationen durch das Landeskriminalamt. So könnten die zuständigen Polizeibehörden neue Vorgehensweisen von Tätern oder Einbruchsserien frühzeitig erkennen und entsprechende Maßnahmen einleiten, erläuterte Jäger Inhalte der neuen Strategie „Riegel vor!“. Gefahr erkannt? Ja. Gefahr gebannt? Nein! Vor allem bei präventionsintensiven Deliktfeldern wie Einbruch und Diebstahl fällt es der Polizei zunehmend schwerer,

die notwendige Streifenpräsenz auf die Straße zu bringen. Bei der Vorstellung der bundesweiten Präventionskampagne „K-Einbruch“ im Herbst letzten Jahres antwortete der damalige Innenminister Niedersachsens, Uwe Schünemann, auf die Journalisten-Frage, ob noch ausreichend Polizei in der Fläche sei, dass er eine weitere Polizei-Reduzierung nicht mehr verantworten könne. Selbst wenn die aktuellen Innenminister- und -senatoren genau so dächten, hieße das indes nicht, die Polizei könne Prävention in dem Maße betreiben, wie es notwendig wäre. Dazu gibt es noch zu viel anderes zu tun. Umso wichtiger wird es daher, die Bevölkerung über die Palette der Präventionsmaßnahmen zum verbesserten Schutz ihrer privaten Lebensräume und Güter weiter aufzuklären und fortzubilden. Dass die seit vielen Jahren gegebenen Präventionshinweise der Polizei fruchten und bei den Bürgern ankommen, zeigt die Zahl gescheiterter Einbruchversuche wegen entsprechender Sicherungsvorkehrungen an Wohnungstüren, Terrassen oder Fenstern. Auch die Achtsamkeit unter Nachbarn kann vollendete Einbrüche verhindern. Ergänzt wird das Instrumentarium nunmehr durch die präventive Verwendung sogenannter künstlicher DNA. So modern, so abschreckend, jedoch nur in Verbindung mit genug Polizeipräsenz.

  
Bernhard Witthaut  
GdP-Bundesvorsitzender

## forum

### LESERMEINUNG

#### Zu: Entweder oder war gestern, DP 12/12

Ich stehe voll und ganz hinter Ihnen, wenn es darum geht Beruf und Familie bei der Polizei unter einen Hut und auf ein verträgliches Maß zu bringen. Gerade die vielen Einsätze und Sonderaufgaben machen es einer Familie recht schwer, ein geregelter Familienleben in einer Polizei-

familie aufrecht zu erhalten. Deshalb bin ich auch der Meinung, hier muss etwas geändert werden, auch wenn es mich nicht mehr betrifft, da ich schon seit 15 Jahren in Pension hin. Nach 37 Jahren Polizeidienst, vom Schichtdienst bis zum Sachbearbeiter in der Polizeiabteilung des Bayerischen Innenministeriums, habe ich noch reges Interesse an allem, was die Polizei betrifft. Und so habe ich auch mit Interesse Ihren Artikel gelesen. Was mir dabei nicht gefallen hat, ist die mehrmalige Aussage mit dem Wort Job. In Ihrem Artikel kommt dieses Wort mehrmals vor, wenn ich richtig gezählt

habe, zehnmals. Nun, laut Duden heißt Job, ich zitiere: „Job = Gelegenheitsarbeit, vorübergehende einträgliche Beschäftigung, Verdienstmöglichkeit“. Sie wollen doch nicht im Ernst behaupten, dass die Tätigkeit bei der Polizei, sprich Polizeiberuf, eine Gelegenheitsarbeit bzw. vorübergehende einträgliche Beschäftigung ist. Wer zur Polizei geht, für den ist dies ein Beruf auf Lebenszeit und kein Job und keine Gelegenheitsarbeit.

Ich finde deshalb Ihre Aussagen über den Job bei der Polizei für jeden Polizeibeamten und auch für die Beamtinnen,



für die Sie ja so sehr eintreten, diskriminierend. Gleichwohl habe ich aber auch den Eindruck, dass manche Kolleginnen und Kollegen den Polizeiberuf sehr wohl auch als einen Job betrachten. Manches Auftreten in der Öffentlichkeit und das Aussehen in der Uniform der Beamtinnen und Beamten lassen mich diesen Eindruck gewinnen. Auf Einzelheiten möchte ich hier nicht eingehen.

Fest steht, dass ich in meiner langjährigen Tätigkeit als Polizeibeamter, nur im uniformierten Dienst, diesen Polizeiberuf nicht im Geringsten als einen Job betrachtet habe. Nachdem im Impressum steht, dass, ich zitiere „Die unter Verfassernamen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar“, wundert es mich schon, dass auch die Deutsche Polizei der Meinung ist, dass es sich beim Beruf des Polizeibeamten um einen Job handelt.

**Heinz Marschoun, Moosburg a. d. Isar**

### Zu: Vereinbarkeit von Beruf und Familie, DP 12/12

Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein gesellschaftliches und damit auch gewerkschaftliches Thema. Bei all den Schwierigkeiten, vor die sich immer noch die berufstätigen Eltern, gerade auch Alleinerziehende, gestellt sehen, möchte ich auch einmal den Blick auf diejenigen richten, die Vollzeit arbeiten und keine Kinder (mehr) zu betreuen haben. Stichwort Arbeitszeitverträge.

Zunehmend werden in der Polizei Schleswig-Holsteins Arbeitszeitverträge mit Teilzeitkräften vor dem Hintergrund von Vereinbarkeit von Beruf und Familie geschlossen, die bsw. bestimmte eingeschränkte Dienstzeiten festlegen. Und das im operativen Dienst.

Auszugsweise: z. B. Beamtin X ist im Wechselschichtdienst eingesetzt und braucht von Montag bis Freitag keinen Nachtdienst zu leisten.

Oder: Beamtin Y ist im Wechselschichtdienst eingesetzt, braucht keinen Frühdienst in der Woche zu leisten und ist vom Samstag-Nachtdienst befreit.

Solche oder ähnliche Rahmenbedingungen werden in Arbeitszeitverträgen von Teilzeitkräften vereinbart.

Mit der Konsequenz, dass die Vollzeitkräfte die Konsequenzen zu tragen haben. Den Nachtdienst in der Woche oder den Samstag-Nachtdienst, um bei diesen Beispielen zu bleiben, können ja die Vollzeitkräfte in der entsprechenden Schicht

übernehmen. Ist das gerecht? Was hebt eigentlich eine Teilzeit- über eine Vollzeitkraft, dass sie von Diensten entpflichtet wird, die dann wiederum von der Vollzeitkraft geleistet werden muss?

Eine Ursache für diese Problematik ist sicherlich in dem Umstand begründet, dass Politik Teilzeitanteile wie Vollzeit berechnet. Soll heißen, dass durch Teilzeitanteile entstehende Arbeitszeitfehl nicht durch mehr Personal ausgeglichen wird. Es gibt keinen Personersatz. Wenn aber mit zwar, sagen wir mal, gleichbleibenden Personalbestand, aber weniger zur Verfügung stehenden Arbeitszeitanteilen die gleiche Arbeitsmenge, wahrscheinlich aber mehr an Arbeit geleistet werden muss, ergibt sich u. a. das von mir beschriebene Problem.

Aus meiner Sicht wird gerade im öffentlichen Dienst enorm viel unternommen, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern. In gewisser Weise vorbildlich mit Zügen eines Schlaraffenlandes bei dem allgemeinen Personalabbau in der Polizei. Damit einhergehend stelle ich aber auch bei der einen oder anderen Teilzeitkraft ein gewisses gesteigertes Anspruchsdenken gegenüber dem Dienstherrn fest, was ihre dienstliche Tätigkeit und Verwendungen anbelangt. Die Betonung liegt nach meiner Beobachtung sehr deutlich auf dem Merkmal Familie, der Beruf tritt ein wenig in den Hintergrund.

Abschließend: Vereinbarkeit von Familie und Beruf betrifft nicht nur die scheinbar unmittelbar Betroffenen, es trifft immer auch die Kollegen und Kolleginnen in der Dienstgruppe, in der Dienststelle oder wo auch immer zusammengearbeitet wird. Häufig müssen diese nämlich dann ran, wenn Teilzeitkräfte davon befreit sind bzw. werden.

**Michael Mauer, Kiel**

### Zu: Damit Burn-out nicht zum Flächenbrand wird, DP 1/13 – Leserbrief von Karl Menger (DP 3/13)

Auf meinen Leserbrief in der März-Ausgabe DEUTSCHE POLIZEI erreichte mich eine große befürwortende, positive Resonanz. Ich stelle indes hiermit fest, dass ich zu meinem Namen – unbeabsichtigt und versehentlich – auch meine Dienststelle genannt habe. Ich möchte klarstellen, dass es sich bei meinen Äußerungen um meine rein persönlichen Ansichten handelt.

**Karl Menger, Nienburg**

### Zu: Damit Burn-out nicht zum Flächenbrand wird, DP 1/13 – Leserbrief von Volker Bechtold (DP 3/13)

Vor dem Abdruck des Leserbriefs von Volker Bechtold in der DP-März-Ausgabe wurde eine für den Verfasser wichtige Passage des Textes gekürzt. Kollege Bechtold hat die Redaktion darauf hingewiesen, dass sich die in seinem Leserbrief dargestellten Geschehnisse nicht auf seine Person beziehen, sondern auf einen Kollegen. Zitat: „Sie glauben diese Lebensgeschichte nicht ??? Diese, wie ich meine ‚unglaubliche Karriere‘ durchlebt seit Jahren und bis heute ein Kollege, mit dem ich seit Jahren, ja mittlerweile Jahrzehnten Dienst verrichte. Ich habe mir erlaubt diese Lebensgeschichte in Bezug auf das Thema Burn-out heranzuziehen.“

Desweiteren bat er um die Veröffentlichung folgender Meinungsäußerung des betreffenden Kollegen: „Ich behaupte, dass jede Beurteilung eine Sympathiebekundung ‚für oder gegen‘ die zur Beförderung heran stehenden Kolleginnen und Kollegen, durch den oder die Vorgesetzten ist. Wie sonst lässt es sich erklären, dass ein Kollege nach fünf POM-Jahren, mehrere Kolleginnen im Mutterschutz in Abwesenheit und zig Kolleginnen und Kollegen unter 20 Dienstjahren immer wieder vor mir befördert und in das Amt A9 eingewiesen wurden. Nach über 31 Dienstjahren noch immer in A8 besoldet, ist es eine Ohrfeige für jeden Kollegen, der seinen täglichen Dienst verrichtet und demnächst mit einer Kollegin oder einem Kollegen im Eingangssamt A8 Streife fährt.“

**Die Redaktion**

*Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.*

#### Kontakt zur Redaktion:

GdP-Bundesvorstand  
Redaktion Deutsche Polizei  
Stromstraße 4  
10555 Berlin  
Tel.: 030/39 99 21-113  
Fax: 030/39 99 21-200  
E-Mail:  
gdp-pressestelle@gdp.de



VERKEHRSGERICHTSTAG 2013

# Rowdys, Raser – Deutsche Autofahrer immer aggressiver?

Von Peter Schlanstein

In seiner Eröffnungsansprache kritisierte Verkehrsgerichtstags-Präsident Kay Nehm bereits einige Mängel an der geplanten Reform des Flensburger Punktecatalogs. Zwar begrüßte er die Absicht des Gesetzgebers, das Mehrfachtäterpunktsystem einfacher und transparenter zu gestalten. Doch angesichts des populären Ziels, „Raser und Verkehrsrowdys zügig aus dem Verkehr ziehen zu können“, drohe nun ein Regelwerk, das dem alten an „Komplexität, Ungereimtheit und Intransparenz“ nur unwesentlich nachstehe. Der ehemalige Generalbundesanwalt äußerte optimistisch die Hoffnung, dass die vom Gerichtstags-Arbeitskreis „Reform des Punktsystems“ zu diesem Thema ausgehenden Empfehlungen vom Deutschen Bundestag und den Mitgliedern des Bundesrats aufgenommen und „auf dem Weg zu einer überzeugenderen Lösung des Registerrechts“ begleitet werden.

Wer die Opferzahlen der Mobilität und die noch immer zu hohen Unfallraten im Straßennetz reduzieren wolle, komme, so Nehm, nicht umhin, „energischer gegen Raser und notorisch Gleichgültige vorzugehen“. Bezogen auf die durch jüngste Untersuchungen bestätigte erhebliche Gefahr der Alkoholbeeinflussung von Fahrzeugführern<sup>1</sup>, so beispielsweise durch das von der deutschen Bundesanstalt für Straßenwesen (BASt) koordinierte und bislang größte Projekt der für Verkehrssicherheit zuständigen Generaldirektionen der EU-Kommission, DRUID (Driving under the Influence of Drugs, Alcohol and Medicines), missbilligte Nehm das derzeit noch „viel zu geringe Entdeckungsrisiko“ bei Alkoholfahrten.

## In tödlicher Absicht

Ein weiteres Beispiel vermeidbarer Gefährdungen betrifft nach Nehms Einschätzung die Falschfahrer auf Autobahnen, denen nicht allein mit Aktionismus, also

**Auf dem diesjährigen Verkehrsgerichtstag Ende Januar im niedersächsischen Goslar, dem wichtigsten Treffen von Verkehrsexperten in Deutschland, diskutierten fast 2.000 Juristen, Wissenschaftler und Verkehrsexperten aus ganz Europa aktuelle Themen der Verkehrssicherheit und des Verkehrsrechts. Im Mittelpunkt standen diesmal vor allem die Bekämpfung aggressiven Verhaltens im Straßenverkehr sowie Fragen der Verbesserung der Fahrausbildung, die Nachvollziehbarkeit von Geschwindigkeitskontrollen und die geplante Reform der Verkehrssünderkartei.**

quasi mit Pinsel und Farbe, entgegen getreten werden dürfe. „Wenn Kraftfahrer in Suizid-Absicht oder aus purer Abenteuerlust gezielt zu Falschfahrern werden, wird dem auch durch ausgeklügelte technische Vorrichtungen kaum flächendeckend zu begegnen sein“, meinte er. Vielmehr sollte man sich den Ursachen bei denjenigen Falschfahrern zuwenden, die ohne Absicht in eine derart lebensbedrohliche Situation geraten seien. Hierbei handele es sich um Faktoren, die „falsches Einfädeln begünstigen“ und es bislang vor Erreichen der Gegenfahrbahn erschweren, den Fehler zu erkennen und zu korrigieren. Nach seiner Meinung würden z. B. „reflektierendes in die Fahrbahn eingelassenes Rotlicht oder, bei unübersichtlicher Gestaltung, ausnahmsweise auch rote Ampeln zur Warnung völlig ausreichen“.

## Als Autofahrer nicht schon einmal die Nerven verloren?

Das Top-Thema des diesjährigen Deutschen Verkehrsgerichtstages erörterte

der Experten-Arbeitskreis III unter dem Titel „Aggressivität im Straßenverkehr: Riskante Überholmanöver, Schneiden, Drängeln, Pöbeln – ist das der Alltag auf deutschen Straßen?“ Wer hat als Autofahrer nicht schon einmal die Nerven hinter dem Steuer verloren? Doch beim Thema Aggressivität denkt jeder zuerst an die anderen Verkehrsteilnehmer.



Von allen Verurteilungen in Strafsachen betreffen in Deutschland über ein Fünftel die Delikte im Straßenverkehr. Allein im Jahr 2011 wurden knapp 172.200 Personen wegen Straftaten im Straßenverkehr belangt. Das entsprach 21 Prozent aller Verurteilten. Auffällig hierbei, so nach Mitte November 2012 veröffentlichten Zahlen des Statistischen Bundesamtes zur Verurteiltenstatistik 2011, waren nahe liegender Weise die 18- bis 24-jährigen Fahrer, deren Unfallrisiko mit 21.246 Straftaten – einem Anteil von 12,3 Prozent – noch immer am höchsten liegt, obwohl nur jeder 12. der Gesamtbevölkerung (8,2 Prozent) zu dieser Altersgruppe zählt.

Fast alle Autofahrer gaben laut einer repräsentativen Umfrage des ADAC von Ende August 2012 an, schon mindestens einmal Opfer von aggressivem Verhalten auf Deutschlands Straßen geworden zu sein. Hiernach ereigneten sich über die Hälfte der oft durch dichtes Auffahren

und Drängeln gekennzeichneten Vorfälle auf der Autobahn, gefolgt vom Stadtverkehr (23 Prozent) und der Landstraße (16 Prozent). Dabei wurden Fahrer von PS-starken Autos als besonders bedrohlich wahrgenommen.

### Geringes Entdeckungsrisiko

Bereits vor zehn Jahren hatte eine Studie der Bundesanstalt für Straßenwesen im Rahmen einer Fahrerbefragung ermittelt, dass aggressives Fahren ein sehr häufig anzutreffendes Verhalten ist. Über die Hälfte der Fahrer erklärte in der repräsentativen Untersuchung, Aggressionen oft oder sehr oft zu erleben. Vor allem Männer und Fahrer höherklassiger Fahrzeuge seien in diesem Zusammenhang negativ im Straßenverkehr aufgefallen. Allerdings hielten über 80 Prozent der Fahrer die Wahrscheinlichkeit, ein drän-

gelnder Fahrer werde auch von der Polizei entdeckt, für sehr gering oder gering.<sup>2</sup>

Tatsächlich wird nur ein Bruchteil der Delikte seitens der Polizei zur Anzeige gebracht sowie anschließend von der Staatsanwaltschaft verfolgt und sodann angeklagt. Ein noch viel kleinerer Teil wird schließlich auch vor Gericht verurteilt. Somit besteht – nicht nur – schon länger ein erheblicher Problemdruck, er ist auch bis heute nicht befriedigend gelöst.

### Wut am Steuer

Aggressivität im Straßenverkehr wird weder bundes- noch landesweit statistisch erfasst oder ausgewertet. Als problematisch erweist sich bereits eine verbindliche Definition aggressiven Verkehrsverhaltens. Auch wenn ein allgemeiner Konsens darin bestehen dürfte, dass aggressive Fahrer schneller fahren, mehr Fahrfehler begehen und mehr riskante Überholmanöver unternehmen, kann nicht jedes normabweichende und zudem gefährdende Verhalten bereits als Aggression gewertet werden.

Aus verschiedenen Definitionsversuchen schält sich eine Auffassung heraus, nach der bei der Aggression ein bewusst, also sozusagen in böser Absicht, einem anderen zugefügter Schaden oder Nachteil, im Mittelpunkt des Handelns steht. Als aggressiv kann man daher ein Verkehrsverhalten bezeichnen, durch das jemand einem anderen physisch oder psychisch zu Schaden droht, dies versucht oder in der Tat mit Absicht schadet; und Aggressivität wäre dann die in einem Menschen für eine gewisse Dauer vorhandene Bereitschaft, in dieser Richtung vorzugehen.<sup>3</sup>

Aus einer neueren Untersuchung geht indes hervor, dass Personen mit einem erhöhten Aggressionspotenzial ein aggressiveres oder risikoreicheres Verhalten im Straßenverkehr aufweisen. Dies treffe insbesondere für junge Männer zu.<sup>4</sup>

Dabei begünstige nicht – wie früher angenommen – ein niedriges Selbstwertgefühl das aggressive Verhalten, sondern die Bedrohung des Selbstwertgefühls, insbesondere dann, wenn das Selbstwertgefühl hoch ausgeprägt ist.<sup>5</sup>



**Zeitdruck und aggressives Verhalten: im Straßenverkehr ein alltägliches Phänomen.**  
Foto: UDV





**EPHK Peter Schlanstein ist Dozent an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW, Abteilung Münster. Dort lehrt er im Fachbereich Polizeivollzugsdienst Verkehrsrecht und Verkehrsmanagement. Für diese Disziplinen ist er zugleich als Fachkoordinator und örtlicher Modulgruppenverantwortlicher eingesetzt. Zuvor hat er beim Polizeipräsidium Dortmund und bei der Bezirksregierung Arnsberg die polizeiliche Verkehrssicherheitsarbeit betreut.**

*Foto: privat*

### Maßlose Reaktion auf nichtige Anlässe

Man könne davon ausgehen, so Professor Dr. Manfred Bornewasser von der Universität Greifswald in seinem Arbeitskreis-Vortrag „Aggressives Verhalten im Straßenverkehr“ beim Deutschen Verkehrsgerichtstag, dass „ein hohes und gleichzeitig instabiles Selbstwertgefühl tatsächlich mit aggressivem Verhalten assoziiert ist“. Solche Personen erlebten viele Konfliktsituationen als bedrohlich und frustrierend für ihren hohen Anspruch und reagierten daher häufiger aggressiv, um die subjektiv empfundene Bedrohungsquelle zu beseitigen. Oftmals zeigt sich ein aggressives Verhalten durch gänzlich maßlose Reaktionen auf eigentlich völlig nichtige, also unbegründete Anlässe.

Bornewasser machte vor dem Forum der Verkehrsexperten deutlich, dass der Aggressionsbegriff nur für einen sehr „speziellen Ausschnitt im Bereich der Ab-

weichungen von korrektem Fahrverhalten im Verkehr“ steht und dieser Ausschnitt darüber hinaus wegen der Komplexität von subjektiven und objektiven Faktoren schwer zu erfassen sei. Bei Aggressionen im Straßenverkehr handelt es sich nach Auffassung des Leiters des Lehrstuhls für Sozial-, Arbeits- und Organisationspsychologie um „Gefährdungen anderer Fahrzeuge, also Manöver, die gleichermaßen objektiv riskant wie subjektiv bewusst schädigend gegen einen anderen Fahrer gerichtet“ würden. Zudem sei es, so der Greifswalder Psychologe, „wegen der Flüchtigkeit von Verkehrssituationen“ zugleich schwierig, Aggressoren tatsächlich zu identifizieren und diese über polizeiliche Verfolgungsmaßnahmen einer Sanktion zuzuführen.

Tatsächlich ist die Frage, wie viele Verkehrsunfälle mit Schwerverletzten oder gar Toten oder pro Jahr auf aggressives Verhalten von Fahrzeugführern zurückzuführen sind, nicht konkret zu beantworten. Die Unfallforschung der Versicherer (UDV) hat allerdings in einer Datenbankauswertung ermittelt, dass rund ein Drittel aller im Straßenverkehr Getöteten durch Delikte umgekommen sind, die als typische Aggressionstaten erscheinen, was in einer Pressemeldung des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV) zum Arbeitskreis III des Deutschen Verkehrsgerichtstages nachzulesen war. Dazu zählen laut UDV vor allem „deutliche Geschwindigkeitsüberschreitungen, riskantes Überholen,

Schneiden und Drängeln“. Auch wenn Aggression schwierig nachweisbar sei, sollten sich Gegenmaßnahmen daher auf die Verhinderung und deutliche Sanktionierung solcher Regelverstöße konzentrieren.

### Rowdys geht es an den Kragen

Obleich Aggression kaum quantifizierbarer ist und unter anderem deshalb nicht in den offiziellen Unfallstatistiken auftaucht, haben einzelne Polizeibehörden sich daran versucht, Aggressionsdelikte im Straßenverkehr zuzuordnen und zunächst einmal das Hellfeld zu erheben. Der Vorsitzende Richter des Landgerichts Hamburg, Holger Randel, berichtete in seinem Arbeitskreis-III-Referat mit dem Titel „Aggressivität im Straßenverkehr: Ursachen und Folgen – Regelkonformes Verhalten – Prävention und Intervention“, dass die Polizei in der Hansestadt 2011 wegen Aggressionsdelikten im Straßenverkehr wie hohe Geschwindigkeitsüberschreitungen, Drängeln, Rechts-Überholen und Nötigung insgesamt „3.628 Ordnungswidrigkeiten und 125 Verkehrsstraftaten zur Anzeige gebracht“ habe.

In der sich im Arbeitskreis zur Lösung des Problems, zumindest konkrete Delikte mit Aggressionsmerkmalen zu definieren, entwickelnden Diskussion regte Michael Frücht, Leiter des Verkehrsreferates im Ministerium für Inneres und Kommunales NRW, an, sich der Frage durch Prüfung und Berücksichtigung des Vorsatzes bei



**Rücksichtslose Fahrweise zeigt sich auch an der mutwilligen Übertretung von Geschwindigkeitsbegrenzungen.**

*Foto: Wolfgang Moucha/dpa*





grogen Regelverletzungen, wie das die Rechtsprechung etwa bei erheblichen Tempoverstößen praktiziere, zu nähern.

Für die Polizei Köln führte Karl Hermwille aus, dass im dortigen Zuständigkeitsbereich einschließlich der Autobahnen des Regierungsbezirks seit mehreren Jahren bereits sogenannte Aggressionsdelikte ausgewertet werden. Der Leiter des Verkehrskommissariats 2 benannte folgende Straftaten, die in der Behörde als Aggressionsdelikt gesondert erhoben und bearbeitet werden, sofern sie im Zusammenhang mit dem Straßenverkehr stehen:

- **Gefährdung des Straßenverkehrs (Paragraf 315 c Abs. 1 Nr. 2 StGB)**
- **Gefährlicher Eingriff in den Straßenverkehr (Paragraf 315 b StGB)**
- **Nötigung (Paragraf 240 StGB)**
- **Beleidigung (Paragraf 185 StGB)**
- **Bedrohung (Paragraf 241 StGB)**
- **Vorsätzliche Körperverletzung in verschiedenen Formen und Folgen (Paragraf 223 ff. StGB)**
- **Sachbeschädigung (Paragraf 303 StGB)**
- **Nachstellung (Paragraf 238 StGB)**
- **Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte (Paragraf 113 StGB)**



**Der ehemalige Generalbundesanwalt Kay Nehm eröffnet in seiner Eigenschaft als Präsident Ende Januar 2013 den 51. Deutschen Verkehrsgerichtstag in Goslar.**

Foto: Peter Steffen/dpa

Allein im Jahr 2012 habe man in Köln hierzu aus dem Straßenverkehrsgeschehen „3.132 Vorgänge in Strafsachen“ bearbeitet, bei denen „die Beschuldigten ermittelt“ und die Sache als Strafanzeige abgeschlossen „an die Staatsanwaltschaft abgegeben“ worden sei. Ob darauf jeweils eine Verurteilung folgte, war indes noch nicht festzustellen.



**Gruß an den Sonntagsfahrer: Vermeintliche Fehler machen nur die Anderen. Foto: UDV**

### Unterbinden von aggressivem Verhalten

Zweifel, ob der Staat seiner Schutzpflicht gegen Rücksichtslosigkeit im Verkehr in gebührendem Umfang nachkomme, nährte auch der an der Universität Regensburg lehrende Prof. Dr. Gerrit Manssen in seinem Arbeitskreis-Vortrag „Aggression im Straßenverkehr – Staatliche Schutzpflicht gegen Rücksichtslosigkeit im Verkehr“. Wengleich man Aggression im Straßenverkehr zwar nicht genau quantifizieren könne, so sei sie doch ein wesentlicher Grund für die Entstehung von Unfällen. Dem Staatsrechtler stelle sich daher – wie beim gesamten Unfallgeschehen auf deutschen Straßen – die Frage der Anwendbarkeit des Verfassungsrechts. Wolle der Staat Unfälle reduzieren, müsse er „vor allem aggressives Verhalten im Straßenverkehr“ unterbinden. Aus verfassungsrechtlicher Sicht sei deshalb die Frage prüfenswert: „Wird der aus Artikel 2 Absatz 2 Satz 1 Grundgesetz (GG) abzuleitende staatliche Schutzauftrag für Leben und körperliche Unversehrtheit derzeit hinreichend erfüllt?“

Prof. Manssen musste in Beantwortung seiner rhetorischen Frage einräumen, dass der Staat nicht verpflichtet werden kann, sich, wie bereits in der Studie der For-

schungseinrichtung des Bundesverkehrsministeriums zum Thema „Aggressionen im Straßenverkehr“ vorgeschlagen“, ernsthafter auch mit den „Zahnschmerzthemen“ der Politik auseinandersetzen. Diese lauten unter anderem:

- **höhere Kontrollichte und Nutzung technischer Möglichkeiten, um die Entdeckungswahrscheinlichkeit bei groben und risikobehafteten Verkehrsverstößen zu erhöhen**
- **härtere und wirksame Sanktionen**
- **Einführung einer Halterhaftung auch im fließenden Verkehr**
- **Homogenisierung des Verkehrsablaufs durch**
  - **situationsangepasste Geschwindigkeitsbeschränkungen mittels intelligenter Steuerungsmechanismen**
  - **Einführung eines generellen Tempolimits auf Autobahnen zur Reduzierung hoher Differenzgeschwindigkeiten**
  - **LKW-Überholverbote zur Vermeidung von Stauentstehung**

### Karlsruhe lehnte Tempolimit bislang ab

Das Karlsruher Bundesverfassungsgericht hat es bisher aus grundsätzlichen Erwägungen stets abgelehnt, im Wege der Verfassungsbeschwerde den Gesetzgeber zu bestimmten Maßnahmen zu ver-





**Notwendige Übung: Immer öfter werden Polizeibeamte selbst bei Routinekontrollen angegriffen. Die Aufnahme entstand im Rahmen einer Vorführung der bayerischen Polizei.**

Foto: Marcus Führer/dpa

pflichten, etwa zur Einführung eines allgemeinen Tempolimits auf Autobahnen. Denn bei der Beurteilung der Pflicht, Regelungen zur Bekämpfung der Verkehrssicherheit nachzubessern, verfügt der Gesetzgeber über angemessene Einschätzungsspielräume und -vorrechte. Eine Pflicht zur Nachbesserung von Rechtsvorschriften besteht für den Gesetzgeber in grundrechtsrelevanten Bereichen wie der Verkehrssicherheit erst dann, wenn eine ursprünglich verfassungsmäßige Regelung wegen zwischenzeitlicher Änderung der (Verkehrs-)Verhältnisse verfassungsrechtlich untragbar geworden wäre und die staatlichen Organe die Grundentscheidungen der Grundrechte durch Untätigbleiben evident verletzen.<sup>7</sup>

### Strafrechtverschärfung nicht zielführend

Vehement gegen eine Verschärfung des Strafrechts, insbesondere zu den „Sieben Todsünden“ des Paragraphen 315c StGB (Gefährdung des Straßenverkehrs) sprach sich beim Gerichtstag auch der Referatsleiter im Bundesministerium der Justiz,

Detlef Otto Bönke, aus, da dieser Weg „nicht zielführend“ sei. Man müsse, um beispielsweise die Geschwindigkeit stärker als bisher zu erfassen, etwa einen Tatbestand konstruieren, der schlicht heiße: „Wer grob verkehrswidrig und rücksichtslos zu schnell fährt ...“. Damit würde im Grunde der Versuch unternommen, was bisher „mit ziemlichem Erfolg im Verwaltungsunrecht – mit einem Bußgeldtatbestand – bewehrt“ werde, künftig im Strafrecht zu lösen. Hier stelle sich aber die Frage, wie die konkreten „Schwellenwerte“ aussehen sollten. Es sei wohl kaum möglich, in einer solchen Art und Weise „einen Straftatbestand zu normieren, der den Anforderungen an die – verfassungsrechtlich geforderte – Bestimmtheit“ genüge. Bereits in der Vergangenheit, so auch nach früheren Empfehlungen gekommen seien, habe der Ministerialrat diese Frage in Arbeitsgruppen diskutiert. Dabei sei man zu dem Ergebnis gekommen, dass „dieser Weg zum Scheitern verurteilt ist“. Überdies würde man zum Grundproblem der Bekämpfung der Aggressivität oder des zu schnellen, gefährlichen Fahrens auch über

die Tatbestandsmerkmale „grob verkehrswidrig und rücksichtslos“ beim Paragraph 315c StGB nicht hinweg gelangen. Die sukzessive für diese Fälle verschärften Sanktionen im Bußgeldkatalog sollten weiterhin ausreichen, zumal der Gesetzgeber sich seit Jahrzehnten erfolgreich dafür ausgesprochen habe, dass wir „kein Volk von Vorbestraften“ wünschten, also „nicht alles auf der Strafrechtsschiene lösen wollen, was wir auch mit mildereren Mitteln bekämpfen können“.

### Mehr Kontrollen gefordert

Dass aggressive Verhaltensweisen im Straßenverkehr sanktioniert und in Zukunft mehr gegen ihre Verhinderung unternommen werden müsse, war auf dem Verkehrsgerichtstag unstrittig. Aufgrund der komplexen Ursachenstruktur und der unterschiedlichen Erscheinungsformen von Aggressionen im Straßenverkehr seien ein Bündel aufeinander abgestimmter Maßnahmen und ein Zusammenwirken aller für die Verkehrssicherheit verantwortlichen Institutionen erforderlich.



Der Arbeitskreis hielt auch „eine Verstärkung der (personellen und sachlichen) Ressourcen zur Verkehrsüberwachung“ für notwendig, die insbesondere den Kraftfahrzeug- und den Fahrradverkehr betreffe. Hilfreich könnten hierzu u. a. zivile Streifenwagen und Motorräder mit Videoaufzeichnungssystemen sein. Denn wesentlich wirksamer als jede Strafverschärfung erscheint den Experten eine bessere Kontrolle.

Zur Entwicklung einer nachhaltigen Verkehrskultur sah der Arbeitskreis „kommunikative, edukative und rehabilitative Maßnahmen zur Sensibilisierung von Verkehrsteilnehmern für die Problematik aggressiver Verhaltensweisen im Straßenverkehr“ als unverzichtbar an. Es gilt also, durch verschiedene Maßnahmen das Verkehrsklima in Deutschland zu verbessern.

Individuell denkbare Sanktions- oder Gegenmaßnahmen des durch aggressives Verhalten bedrängten Verkehrsteilnehmers bringen nach Auffassung von Gerichtspräsident Nehm im Grunde nichts. Einsicht und eine gewisse Zurückhaltung seien vielmehr erfolgversprechend. Für Verkehrsteilnehmer gilt also in jedem Fall: „Nicht provozieren lassen!“

Ferner hat der Arbeitskreis ein Moni-

toring empfohlen, um u. a. bei Unfällen aggressive Verhaltensweisen als Ursache ermitteln und zielführende weitere Maßnahmen aus den künftigen Untersuchungen ableiten zu können.



Foto: dpa

toring empfohlen, um u. a. bei Unfällen aggressive Verhaltensweisen als Ursache ermitteln und zielführende weitere Maßnahmen aus den künftigen Untersuchungen ableiten zu können.

Weiterhin regte der Arbeitskreis eine Vereinheitlichung der Vorgehensweise bei den Verwaltungsbehörden zur Überprüfung der Fahreignung in Folge aggressiver Delikte an. Hier könne ein von Polizeibehörden in Abstimmung mit den Fahrerlaubnisbehörden erarbeiteter Deliktatlas helfen, der Straftaten und erhebliche Ordnungswidrigkeiten beinhaltet, die typischerweise Zweifel an der Fahreignung begründen, über deren Begehung die Fahrerlaubnisbehörde sodann im Einzelfall (nach Paragraph 2 Abs. 12 StVG) unterrichtet wird.

## Forderungen und Empfehlungen der Experten

Der Kongress spricht traditionell gemeinsam erarbeitete Empfehlungen bzw.

## Empfehlungen häufig aufgenommen

Zwar hat der Gerichtstag keinen unmittelbaren Einfluss auf die Gesetzgebung, dennoch sind seine Empfehlungen schon häufig in neue Gesetze und Verordnungen aufgenommen worden. Oft waren dicke Bretter zu bohren, wie beim Thema „Alkohol im Straßenverkehr“, bis der Gesetzgeber und die Rechtsprechung reagierten und sich auf niedrigere Promillegrenzen festlegten.

In anderen Bereichen gibt es bislang noch keinen greifbaren Erfolg zu verzeichnen, wie beim oftmals geforderten serienmäßigen Einbau eines Unfalldatenspeichers (Blackbox) in allen Autos.

Sowohl die Bundesregierung als auch die EU-Kommission haben sich aber seit einiger Zeit mit den Vor- und Nachteilen elektronischer Aufzeichnungen von Fahr- bzw. Unfalldaten befasst.

Da die obligatorische Ausstattung mit Unfalldatenspeichern eine Änderung der Typenzulassung von Kfz erfordern würde, muss letztlich jedoch die EU darüber entscheiden. So hat der Deutsche Bundestag sich im Mai 2012 immerhin entschlossen, eine Petition zum Unfalldatenspeicher befürwortend dem EU-Parlament zuzuleiten<sup>8</sup>.

Begründet wurde das Votum mit dem positiven Ergebnis eines durch die EU-Kommission bereits in Auftrag gegebenen Gutachtens<sup>9</sup>, wonach die obligatorische Einführung von Datenspeichern zu einer deutlichen Unfallreduzierung von mindestens zehn Prozent beitragen würde. Experten erwarten mit dem Crash-Recorder an Bord eine weniger riskante Fahrweise, was ganz nebenbei die Raser disziplinieren sowie eine höchst effektive Bekämpfung aggressiven Verhaltens bedeuten würde – und zugleich vor allem die männlichen jungen Fahrer zu mehr Vorsicht und Rücksicht anhielte. Die Debatte um die Blackbox im Auto dürfte also noch nicht beendet sein.

**Hinweis der Redaktion:** Die Berichterstattung über den Deutschen Verkehrsgerichtstag wird in den folgenden DP-Ausgaben mit den Themen: „Geschwindigkeitsmessung“, „Reform des Punktesystems“ und „zeitgemäße Fahrausbildung“ fortgesetzt.

## Fußnoten:

- 1) Vgl. hierzu: Schlanstein, P.: Unfallforschung und Verkehrssicherheit – Mit interdisziplinären Konzepten Fahreignung verbessern und künftige Unfälle vermeiden, zur Veröffentlichung vorgesehen in: PVT, Heft März/April 2013
- 2) Maag, Chr./Krüger, H.-P./Breuer, K./Benmimoun, A./Neunzig, D./Ehmanns, D.: Aggressionen im Straßenverkehr, Berichte der BAST, Unterreihe Mensch und Sicherheit, M 151, S. 48, 49, Bergisch Gladbach, 2003
- 3) Böcher, Professor Dr. Dr. W.: Aggression im Straßenverkehr als Thema der Verkehrserziehung und Verkehrsaufklärung, NZV, Heft 1/1989, S. 1 – 6
- 4) Holte, H.: Einflussfaktoren auf das Fahrverhalten und Unfallrisiko junger Fahrerinnen und Fahrer, Dissertation, S. 68, Bonn, 2012
- 5) Ebd., S. 79
- 6) Maag, Chr. et al.: Aggressionen im Straßenverkehr, Berichte der BAST, a. a. O., S. 143 ff.
- 7) BVerfG, Kammerbeschluss vom 26.10.1995 – 1 BvR 1348/95; BVerfG, Beschluss vom 14.01.1981 – 1 BvR 612/72
- 8) Deutscher Bundestag: Petition 14649, Zulassung zum Straßenverkehr – Unfall-Datenschreiber für alle Kraftfahrzeuge vom 22.10.2010; abschließende Beratung und Beschluss des Deutschen Bundestags am 24.05.2012
- 9) EU-Kommission: Forschungsprojekt VERONICA II (Vehicle Event Recording based on Intelligent Crash Assessment), EC Contract No. TREN-07-ST-S07.70764, Final Report, 06.10.2009

QR-Code:  
Die Empfehlungen des  
Deutschen Verkehrsgerichtstages 2013



# Künstliche DNA – Prävention durch Abschreckung

**Die Zahlen waren alarmierend und sie sind es bis heute. „Deutschland auf dem Weg zum Einbrecherparadies“ warnte die Gewerkschaft der Polizei Ende März letzten Jahres. Die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) 2011 unterstrich die Befürchtungen der GdP: Besonders drastisch zugenommen hatten mit 9,3 Prozent Wohnungseinbruchdiebstähle (WED). Auch für das Jahr 2012 sieht es düster aus. Erste Zahlen aus Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein zeigen teils deutliche Zuwächse. Die von Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich und dem damaligen Innenminister Niedersachsens, Uwe Schönemann, Ende Oktober 2012 vorgestellte Präventionskampagne „K-EINBRUCH“ legte den Schwerpunkt auf mehr soziale Kontrolle in der Nachbarschaft und einen verbesserten mechanischen Aufbruchschutz. Nun soll die Palette der Präventionsmaßnahmen um die sogenannte künstliche DNA (KDNA) erweitert werden. Über das Präventions-Pilotprojekt der Polizei Bremen zum KDNA-Einsatz berichtet DP-Autor Jörg Reimann.**

In den Jahren 2007 und 2008 bewegten sich laut der entsprechenden Polizeilichen Kriminalstatistiken des Bundeskriminalamtes (BKA) die Delikte der Eigentumskriminalität bundesweit auf einem hohen Niveau, wobei schwere Fälle des Diebstahls besonders zu Buche schlugen und sehr niedrige Aufklärungsquoten aufwiesen.

Mit einer Kriminalitätshäufigkeitsziffer (HZ) von 407 und einer Aufklärungsquote von 15,4 Prozent nahm die Stadtgemeinde Bremen im Vergleich der Städte ab 200.000 Einwohner die negative Spitzenposition bei Diebstählen unter erschwerten Umständen in und aus Wohnräumen ein.

Vor diesem Hintergrund wurde eine Projektgruppe eingesetzt, die den Auftrag zur Entwicklung und Umsetzung einer Strategie erhielt. Ziel war die Reduzierung der Einbruchskriminalität in der Hansestadt Bremen. Im Jahre 2008 erfolgte eine grenzüberschreitende Suche in den europäischen Nachbarstaaten und führte zu ersten Ergebnissen über den präventivpolizeilichen Einsatz einer künstlichen DNA (KDNA) in Großbritannien.

Nach Durchführung intensiver Vorarbeiten, strategischer Überlegungen, Analysen, Test-, Prüf- und Abstimmungsverfahren wurde Mitte Juli 2009 zwischen der Polizei Bremen, der Ortspolizeibehörde

Bremerhaven und dem Kooperationspartner Forensische Markierungstechnologie GmbH (SDNA Forensic Marking/Rhine group BV – SelectaDNA), ein Kooperationsvertrag unterzeichnet.

Die insgesamt dreieinhalb Jahre andauernde und bundesweit als Pilotprojekt angelegte Zusammenarbeit nahm ihren Anfang.

## Was ist künstliche DNA?

Künstliche DNA ist eine Marketingbezeichnung für synthetisch hergestellte Oligonukleotide, die, so sagt Internet-alleswisser Wikipedia, – auch mit weiteren Zusatzstoffen – präventiv in der Kriminalitätsbekämpfung verwendet werden. Dabei ist die Einzigartigkeit jeder Charge sichergestellt und der Anwender kann zurückverfolgt werden. Zusatzstoffe lassen die Substanz mittels UV-Licht sichtbar werden. Ebenso ist ein Zufügen von Mikropunkten mit eindeutigem Code möglich, welche unter dem Mikroskop erkennbar und lesbar sind.

## Die Strategie

In Bremen wird KDNA als ein präventiv wirkendes Einsatzmittel zur Bekämpfung folgender Delikte eingesetzt:

- Zur Verhinderung von Einbruchdiebstählen in Wohn- und Gewerbeobjekte durch den Einsatz einer KDNA-Markierungsflüssigkeit, um Gegenstände zu markieren.
- Zur Verhinderung von Diebstählen in/aus Kraftfahrzeugen durch den Einsatz



**Klare Ansage an potenzielle Täter: Also besser Finger weg!**

**Foto: Polizei Bremen**



# KRIMINALITÄT



**Jörg Reimann, KDNA-Koordinator der Polizei Bremen Foto: Privat**

von KDNA-Sprühanlagen in Lockfahrzeugen (Diebesfallen) zur Markierung von Personen.

- Zur Verhinderung von Raubüberfällen im gewerblichen Bereich durch einen Einsatz von KDNA-Sprühanlagen zur Markierung von Personen.

Die Strategie beruht auf der Idee, dass Straftäter immer auch eine Kosten-Nutzen-Analyse durchführen. Sie bewerten ihr persönliches Entdeckungsrisiko und stellen dieses in ein Verhältnis zu dem zu erwarteten Tatgewinn. Der Zeitraum des für den Täter erhöhten Entdeckungsrisikos verlängert sich durch den Einsatz künstlicher DNA dabei erheblich.

Durch einen flächendeckenden und öffentlichkeitswirksamen Einsatz künstlicher DNA werden potenzielle Straftäter von der Begehung von Einbrüchen und Raubdelikten abgeschreckt, die Anzahl der verübten Eigentumsdelikte reduziert sich messbar und führt zu einer deutlichen Steigerung des Sicherheitsgefühls in der Bevölkerung.

## Und so funktioniert es

Bürgerinnen und Bürgern wird im Rahmen von Präventionsveranstaltungen und polizeilichen Beratungen unter anderem die Strategie und Funktionsweise künstlicher DNA vermittelt. Es besteht für die Zielgruppe die Möglichkeit online beim derzeitigen Kooperationspartner SelectaDNA direkt, über einen regionalen Vertriebsleiter SelectaDNA oder aber beim Warenhaus Karstadt in Bremen ein sogenanntes Markierungssset (HomeKit), bestehend aus Markierungsflüssigkeit (ausreichend für bis zu 50 Markierungen), Pinsel, Mini-UV-Lampe und KDNA-Aufkleber, zu erwerben.

Nach Erhalt des Sets registriert sich der Kunde auf einer Datenbank bei der Fa. SelectaDNA unter Eingabe eines PIN-Codes zu der Flüssigkeitsnummer.

Im Anschluss sollte der Nutzer seine Wertgegenstände kleinflächig mittels Pinsel markieren. Die Flüssigkeit härtet aus, stellt lediglich eine Markierung des Gegenstandes dar und entspricht somit

keiner Diebesfalle. Nach der Aushärtung ist eine Beschmutzung durch Berührung ausgeschlossen. Gesundheitsgefahren bestehen nicht.

## An gut sichtbaren Stellen

Die mitgelieferten Aufkleber finden am Objekt Verwendung und weisen an gut sichtbaren Stellen auf den Einsatz künstlicher DNA hin. Sollten dennoch markierte Gegenstände entwendet werden, haben die einschreitenden Beamten die Möglichkeit, diese mittels einer kombinierten Einsatz- und UV-Lampe zu identifizieren. Nach einem Anfangsverdacht können so mitgeführte Gegenstände verdächtiger Personen auf Anhaftungen abgeleuchtet werden. Die Lampen werden auch bei der Durchführung von Sondereinsätzen genutzt, wie bei Kontrollen auf Flohmärkten.

Der Markierungsflüssigkeit für Gegenstände sind zusätzliche Mikropunkte, von SelectaDNA als Microdots bezeichnet, zugefügt. Diese können an flächendeckend ausgewählten Dienststellen über Mikroskope ausgelesen werden. Über die Chargennummer lässt sich der „Halter“ über eine der Polizei vorbehaltene Abfragemöglichkeit in die Datenbank SelectaDNA feststellen. Daraufhin lassen sich weitere Recherchen zum rechtmäßigen Besitz aufbauen und ein Anfangsverdacht könnte sich somit erhärten.

## Potenzielle Täter kennen KDNA

Mittlerweile nutzen in Bremen rund 6.000 Haushalte, sämtliche Schulen, aber auch einige gewerbliche Betriebe den Diebstahlschutz durch KDNA. Eine Öffentlichkeitskampagne der Bremer Polizei führte dazu, dass auch potenzielle Straftäter von der Strategie Kenntnis genommen haben. So ergab eine Befragung des Bremer Instituts für Polizei und Sicherheitsforschung (IPOS) in den Justizvollzugsanstalten Bremen und Uelzen, dass rund 75 Prozent der dort befragten Gefangenen bereits etwas von KDNA gehört haben.

Abschreckungspotenzial wird dabei auch den Einsätzen von Lockfahrzeugen zugesprochen. In diesen Fahrzeugen wurden Sprühanlagen verbaut. Nach einem Aufbruch kommt es zu einer Auslösung und der Täter wird mittels der Sprühflüssigkeit markiert. Die Haut- und Kleidungsanhaftungen können durch den Einsatz von UV-Lampen im Rahmen der Nahbereichfahndung sichtbar gemacht werden. Durch die



**COP® Specials März / April 2013** \*Gültig vom 20.02. - 30.04.13

**1 Under Armour® Sporttasche PTH™ Victory Team Duffel medium**  
 Art.-Nr. UA12175555  
 Größe: 53,3 x 31,8 x 30,5 cm (L x B x H); Volumen: 55 Liter  
 Material: Nylon; Farbe: schwarz mit grauen Einlagen und weißen Under Armour®-Schriftzug auf der Vorderseite.

**Aktionspreis\*\* € 34,90**  
 statt 49,99\*

**2 Taschenleuchte Quiqlite LED Q-PRORW**  
 Art.-Nr. QL-PRO-RW  
 Eine rote und eine weiße Hochleistungs-LED-Diode  
 Länge: 8 cm; Breite: 2,3 cm  
 Gewicht: 28 g; Leistung: 10 Lumen pro LED. 360° drehbare Halteklammer, 180° drehbare LED.

**Aktionspreis\*\* € 15,90**  
 statt 24,99\*

inklusive Batterien! **20 Lumen**

**3 Taschenlampe Tecxus™ Rebellight X120**  
 Art.-Nr. 20126  
 Mit neuester SMD-Power-LED Technologie der Marke Cree. Fokussierbar: 4x Fokus, Dreh-Fokus-System. Länge: 10,3 cm  
 Durchmesser: 2,9 cm  
 Gewicht m. Batterie: 109 g  
 Leistung: 120 Lumen

**Aktionspreis\*\* € 29,90**  
 statt 39,99\*

inklusive 3 x AAA Batterien!

**4 Handschuh COP® DG205 Neopren**  
 Art.-Nr. 320205-Größe  
 Größen: XS - 3XL; Farbe: schwarz  
 Material: 50% Kunstleder, 50% Neopren  
 Handfläche aus ultradünner synthetischer Glatteleder. Handrücken aus Neopren®. Bund mit Lasche und Klettverschluss

**Aktionspreis\*\* € 15,90**  
 statt 24,99\*

**5 Einsatz- & Zugriffshandschuh COP® CR201**  
 Art.-Nr. 320201-Größe  
 Größen: XS - 3XL; Farbe: schwarz  
 Außenmaterial: 100% Ziegenleder  
 Innenmaterial: 100% Polyamid  
 Schnittschutz: Rundumschutz durch kompletten Innenhandschuh

Protektoren im Bereich Handrücken u. Finger. Handrücken- und Fingerschutz nach CSN EN 13594 Art. 6.8.2 und CSN EN 1621-1 getestet.

**Aktionspreis\*\* € 39,90**  
 statt 59,99\*

**EN 388**  
 Abriebfestigkeit: Kategorie 2  
 Schnittfestigkeit: Kategorie 5  
 Weiterreißfestigkeit: Kategorie 4  
 Durchstichfestigkeit: Kategorie 3

**6 WALTHER® Duty Boot PPQ Mid**  
 Art.-Nr. WAL821-Größe EU  
 Farbe: schwarz  
 Größen: EU 36 - 48 - keine halben Größen  
 Obermaterial: Leder  
 Gewicht 1Stiefel in Gr. 43: 567 g. Halbhoher Stiefel mit athletischer Passform und geringem Gewicht.

**Aktionspreis\*\* € 99,90**  
 statt 139,99\*

**Restposten** Solange Vorrat reicht!

Damen					Herren									
Größe US	6	7	8	9	9,5	Größe US	8	9	10	11	11,5	12	13	14
Größe EU	36	37	38	39	40	Größe EU	41	42	43	44	45	46	47	48

\*\* EU-Größe an die Artikelnummer anfügen

**7 Tablet-PC Umhängetasche COP® MB11 Tactical**  
 Art.-Nr. 2000115  
 Farbe: schwarz  
 Material: 100% Polyester  
 Maße: 28 x 22 x 9 cm (H x B x T)  
 Die taktische Umhängetasche von COP® passend für Tablet PC und Dienstwaffe. Für Rechts- und Linkshänder geeignet.

**Aktionspreis\*\* € 39,90**  
 statt 59,99\*

Gezeigt ist nur ein Auszug aus unserem Angebot an über 300 Rest- u. Sonderposten sowie II. Wahl Artikeln, Preise bis zu 80% reduziert. Zu finden unter der Rubrik: Angebote/Restposten auf [www.cop-shop.de](http://www.cop-shop.de)

COP Vertriebs-GmbH · Klenauer Straße 1a · 86561 Oberweilenbach · Germany  
 Telefon +49(8445)9296-0 · Fax +49(8445)9296-50 · E-Mail service@cop-gmbh.de

**www.cop-shop.de**

\*\* Angebots-/Aktionspreis gültig vom 20. Februar bis 30. April 2013 | \* Frühere unverbindliche Preisempfehlung des Herstellers. \*\*\* ehemaliger Verkaufspreis



**Mehr braucht es nicht:** Das „KDNA-HomeKit“ des derzeitigen Kooperationspartners der Polizei Bremen. Foto: Polizei Bremen

**Test am lebenden Objekt:** Der Leiter der Bremer Polizei-Inspektion 5 für Wirtschaftskriminalität, Lars van Beek, verdeutlichte Mitte Oktober 2009, wenige Monate nach Beginn des Pilotprojekts, die Wirkungsweise einer KDNA-Dusche. Mit einer UV-Lichtlampe werden die durch die künstliche DNA aufgesprühten Spuren sichtbar. Foto: Ingo Wagner/dpa

zeitlich örtliche Nähe ist ein Tatverdacht begründet, weitere Maßnahmen lassen sich hiervon ableiten.

Die Flüssigkeitsanhaftungen lassen sich weder von der Kleidung noch von der Haut entfernen, können ohne UV-Licht nicht sichtbar gemacht werden, sind gesundheitlich unbedenklich und beschädigen auch nicht die Beschaffenheit der Kleidung. Etwa zwei bis sechs Wochen haftet die Flüssigkeit auf der Haut, bevor die Markierungen durch natürliches Abschuppen nicht mehr nachweisbar sind.

Tatverdächtige setzten sich somit der Gefahr aus, auch Tage und Wochen nach der Tat aufgrund der Anhaftungen überführt zu werden. Tatsächlich konnten nach bisher fünf Aufbrüchen insgesamt sieben Tatverdächtige gestellt werden.

Zwar ist durch den Einsatz von Lockmitteln lediglich das Delikt eines versuchten Kfz-Aufbruchs erfüllt, das Abschreckungspotential im Sinne der Gesamtstrategie kann dadurch aber erheblich gesteigert werden.

## Sprühanlagen in Lagezentrum erfasst

Sprühanlagen werden in Bremen auch zum Zwecke der Raubprävention in

hierfür geeigneten, gewerblich genutzten Räumlichkeiten verbaut. Die Sprühhöpfe werden dabei so angebracht, dass der Täter beim Verlassen der Örtlichkeit besprüht wird. Die Scharfschaltung der Anlage kann individuell unterschiedlich, zum Beispiel an den Überfallmelder gekoppelt oder manuell, erfolgen. Große Warnschilder weisen im Eingangsbereich auf den Einsatz von Sprühanlagen hin.

Bisher sind in Bremen sieben Sprühanlagen verbaut worden, unter anderem im Casino Bremen und in einer Filiale der Sparkasse. Die Anlagen sind im Lagezentrum der Polizei Bremen erfasst, sodass im Auslösefall eine Nahbereichsfahndung durch die Einsatzkräfte umgehend erfolgen kann.

Besonders geeignet erscheint der Einsatz in den oft von Raubüberfällen betroffenen Spielhallen und Tankstellen. Dass aber der Verbreitungsgrad nicht höher ist, dürfte indes auch an den Anschaffungskosten von 2.000 bis 3.000 Euro liegen.

Zusätzlich dürfte gerade zum Umsetzungsbeginn die Intervention der bremischen Landesbeauftragten für den Datenschutz und Informationsfreiheit, Dr. Imke Sommer – „Auch Täter haben ein Recht auf Datenschutz“ – eine hemmende Wirkung entfaltet haben. Ihren Einwän-

den konnten zwar weder die Polizei, Justiz oder Politik folgen, sie haben aber zu öffentlichen Diskussionen geführt. Jüngste Entwicklungen zeigen jedoch wieder ein steigendes Interesse an dem Einsatz von Sprühanlagen.

## Anwohnerinitiativen

Im Projektverlauf erfolgte mit der Gründung von Anwohnerinitiativen eine neue strategische Ausrichtung mit dem Ziel, diese auch zukünftig im Rahmen der Alltagsorganisation fortzuführen. Als Initiativen werden kleinräumige und zusammenhängende Wohnbereiche erfasst, in denen mindestens zehn Anwohner Markierungssets erworben haben. Den Bürgern werden die Möglichkeiten aufgezeigt, sich im Vorfeld mit ihren Nachbarn zu verabreden und in der Folge sich mittels eines Initiativsprechers an das zuständige Polizeirevier zu wenden.

Nach Terminvereinbarung findet ein Treffen zwischen Anwohner und Revierbediensteten vor Ort statt. Der Beamte erklärt die Wirkungs- und Funktionsweise der KDNA und vermittelt daneben noch weitere Tipps des kriminalpräventiven nachbarschaftlichen Zusammenwirkens. Die Schilder werden typischerweise im



Straßeneinfahrts- und Ausfahrtsbereich aufgestellt und weisen auf den KDNA-Einsatz im gesamten Initiativbereich hin.

Durch dieses Zusammenspiel von KDNA mit Elementen der Nachbarschaftshilfe und weiteren verhaltenspräventiven Ansätzen wird eine größtmögliche präventive Wirkung erhofft, da Tatanreize deutlich minimiert werden. Erste polizeiliche Auswertungen der Polizei Bremen für den Bereich Bremen-Nord ergeben, dass die dort ausgewiesenen KDNA-Initiativbereiche eine offensichtlich deutliche abschreckende Wirkung auf potentielle Einbrecher bewirken.

## Erfahrungen des Bremer Piloten

Grundsätzlich bleibt festzuhalten, dass Bremen als erstes Bundesland die Strategie im Rahmen eines Projektes erprobt und somit eine Pilotfunktion für das gesamte Bundesgebiet übernommen hat. Erfahrungen aus Großbritannien und den Niederlanden waren nicht 1:1 übertragbar, da insbesondere in Deutschland

andere rechtliche Voraussetzungen gegeben sind. So wurden in Großbritannien überführte Täter, die mit Hilfe künstlicher DNA gestellt werden konnten, durch die dort existierende Medienlandschaft ohne Schutz am eigenen Bild öffentlich zur Schau gestellt. Solche Abschreckungsszenarien sind in unserem Rechtssystem nicht vorstellbar.

In den Niederlanden wurden über die Kommunen hohe sechsstelligen Geldbeträge zur Verfügung gestellt, um kommunale Projekte auf die Beine zu stellen.

## In den Medien als Wundermittel bezeichnet

Vor diesem Hintergrund war klar, dass die Voraussetzung für die Polizei Bremen nicht vergleichbar waren. Über die hiesigen Medien musste die Strategie in Bremen und über die Grenzen hinaus zunächst bekannt gemacht werden. Ohne von der Bremer Polizei oder vom dortigen Innensenator initiiert zu sein, wurde in den Medien von einem „Wundermittel“

gesprochen. Das hat im Nachhinein zu Problemen für die polizeiinterne Öffentlichkeitsarbeit und damit verbundenen Identifikationen mit der Strategie geführt.

Auch noch zukünftig muss darauf hingewiesen werden, dass es sich bei KDNA um eine Präventionsstrategie handelt. Die polizeilich hinterfütterten Abschreckungsmaßnahmen dienen in erster Linie dem Präventionszweck.

Es gilt daher klarzustellen: Die Strategie KDNA muss sich nicht in der Hauptsache daran messen lassen, wie viele Täter durch den Einsatz von KDNA gestellt worden sind, sondern wie viele Straftaten dadurch verhindert werden konnten.

## Langer Atem notwendig

Im Verlauf des Projekts stellte sich immer deutlicher heraus, dass ein langer Atem notwendig erscheint.

Die avisierte Zahl im Einsatz befindlicher Markierungskits konnte im Zeitrahmen des Projekts nicht erreicht werden, wobei zu berücksichtigen ist, dass die

Anzeige

# IPOMEX®

6<sup>th</sup> international  
police meeting  
and exhibition

16.-18. April 2013  
Münster

[WWW.IPOMEX.COM](http://WWW.IPOMEX.COM)



MESSE UND  
CONGRESS CENTRUM  
HALLE MÜNSTERLAND

Wir begeistern Menschen

## Messebegleitende Veranstaltungen u. a.:

### - DHPol-Seminare

- „Strategie und Taktik bei der Bewältigung von Einsatzlagen“
- CAN-Bus-Seminar

### - Leitstellenkongress des Behörden Spiegel

## Erstmalig:

### - Interaktive Erlebniswelten

Verkehr, Mobile Computing, Ausstattung, Gesundheitsmanagement

### - KRIFA Fachtagung Kritische Infrastruktur am 18. April Blackout und seine Folgen beherrschen



Kostenfreie Besucher-Registrierung unter [www.ipomex.com](http://www.ipomex.com)

Ausstellungsstände jetzt buchen

UNTERSTÜTZT DURCH:



Ministerium für Inneres und Kommunales  
des Landes Nordrhein-Westfalen



Veranstalter: Messe und Congress Centrum Halle Münsterland GmbH, Albersloher Weg 32, 48155 Münster, Tel.: 0251 6600 355



Platzierung eines neuen Produkts eine gewisse Zeit in Anspruch nimmt und bezüglich der festgelegten Zielzahlen auf keine Erfahrungswerte zurückgegriffen werden konnten.

Für seriöse Aussagen bezüglich der Wirkung ist dagegen ein wesentlich größerer Verbreitungsgrad, mit regionalen Zuspitzungen von Nöten. Zudem gelten für alle präventiven Projekte und Maßnahmen, dass evaluierte Wirkungsmessungen kaum möglich sind, da in den Regionen keine Laborsituationen vorherrschen. Der Einsatz künstlicher DNA stellt da keine Ausnahme dar. Der Einfluss von beispielsweise regionalen polizeilichen Maßnahmen, Tätergestellungen oder aktiver Einbrecherbanden auf die Fallzahlentwicklung wird nur schwer voneinander zu trennen sein. Letztlich bringt ein Paket von Maßnahmen den Erfolg.

**KDNA als präventiver Baustein**

Es bleibt das Ziel der Bremer Polizei, KDNA als einen präventiven Baustein der Gesamtpräventionsstrategie gegen Einbruchskriminalität zu integrieren. Das Beispiel der KDNA-Anwohnerinitiativen gibt Anlass zur Hoffnung, dass dies auch tatsächlich gelingen kann. Zumal es durch die Nutzer solcher Initiativen durchweg zu positiven Rückmeldungen gekommen ist. Diese wollen nicht mehr auf ihre Initiative verzichten. Dadurch wird deutlich, dass auch das subjektive Sicherheitsgefühl gesteigert werden kann. Die Polizei Bremen hat deshalb einen Koordinator-KDNA eingesetzt, der seine Arbeit im Sommer 2012 aufgenommen hat.

**Nachdenken setzt ein**

Mittlerweile denken auch andere Bundesländer intensiv über den Einsatz von KDNA nach. In Brandenburg wird der Einsatz flächendeckend im Rahmen eines Projekts erprobt und in Sachsen wird ebenfalls die Arbeit aufgenommen. Auch die Bundespolizei und andere Institutionen wie die Deutsche Bahn AG setzen KDNA ein, um den Diebstahl von Metall und Anlagenteilen einzudämmen.

Wer mehr über das Bremer Projekt erfahren möchte, kann den Abschlussbericht anfordern unter:

**Polizei Bremen  
Präventionszentrum / PST 14  
Koordinator KDNA  
Am Wall 195, 28195 Bremen**

**GdP-Delegation trifft neuen  
IMK-Vorsitzenden**

**Eine gute Zusammenarbeit bot GdP-Bundesvorsitzender Bernhard Witthaut dem neuen Innenminister Niedersachsens, Boris Pistorius, an. Zusätzlich zum Innenressort des Flächenlandes hatte Pistorius auch gleich den Vorsitz der Ständigen Konferenz der Innenminister- und -senatoren (IMK) übernommen, der mit Beginn dieses Jahres turnusgemäß aus Mecklenburg-Vorpommern nach Hannover wechselte. Schon drei Tage nach der Amtseinführung traf der neue IMK-Vorsitzende Ende Februar in der niedersächsischen Hauptstadt auf eine GdP-Delegation.**

Der GdP-Landesbezirksvorsitzende Dietmar Schilff, sein Vorstandskollege Martin Hellweg, auch Vorsitzender des Polizeihauptpersonalrates, und GdP-Bundesvorsitzender Bernhard Witthaut

falsch gelaufen sei, könne man allerdings wieder umgehend rückgängig machen, schränkte er ein. Dies erfordere eine gemeinsame Kraftanstrengung, auch mit den Interessenvertretungen, und manchmal



**Auf gute Zusammenarbeit:** (v. l.) GdP-Landesbezirksvorsitzender Dietmar Schilff, Innenminister Boris Pistorius, GdP-Bundesvorsitzender Bernhard Witthaut sowie Martin Hellweg, GdP-Landesvorstand und Vorsitzender des Polizeihauptpersonalrates.

**Foto: Christian Hoffman/GdP**

sprachen bereits erste Themen an, darunter die strittige Kennzeichnungspflicht, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie die Tarifrunde für die Beschäftigten der Länder und die zeit- und inhaltsgleiche Übernahme des späteren Ergebnisse auf den Beamten- und Versorgungsbereich.

In einem harmonischen und sachbezogenen Treffen unterstrich Innenminister Pistorius ausdrücklich seinen Willen, sich für eine besser aufgestellte Polizeiorganisation sowie für mehr Zufriedenheit und Unterstützung der dort arbeitenden Menschen stark zu machen. Nicht alles, was in den vergangenen zehn Jahren

auch einen längeren Atem. Die alte Landesregierung habe so viele problematische Baustellen hinterlassen, die es aber in den nächsten Jahren nach und nach abzubauen gelte. Vor allem die Schuldenlast sei dabei jedoch alles andere als hilfreich, so Pistorius.

Die neue Regierung sei im Übrigen keine nur von der SPD gestellte. Es handle sich um eine Koalition aus SPD und Grünen, die sich gemeinsam auf den Weg wieder hin zu einer Bürgerpolizei verständigt hätten. Da dies die Bürgerinnen und Bürger auch gewollt haben, liege es in der Natur der Sache, dass die Koaliti-





## POLITISCHE KONTAKTE

onspartner nicht immer allumfassend ihre Forderungen im Koalitionsvertrag durchsetzen konnten, sagte der Innenminister.

Niedersachsens GdP-Vorsitzender Schilff garantierte dem neuen Innenminister eine konstruktive Auseinandersetzung im Sinne einer selbstbewussten gewerkschaftlichen Interessenvertretung. Er machte deutlich, dass sich die Mehrheit der Polizeibeschäftigten eine andere Politik für die Polizei wünsche und jetzt Taten erwarteten. Insbesondere bezog sich Schilff auf das im Oktober 2011 vorgestellte und sich weiterentwickelnde GdP-Attraktivitätsprogramm

für die niedersächsische Polizei. Dort geht es beispielsweise um ein funktionsorientiertes Gesundheitsmanagement und entsprechende Laufbahn-Verbesserungen für Polizistinnen und Polizisten, Beamtinnen und Beamte der Verwaltung sowie Polizeiangestellte.

Innenminister Pistorius erklärte, das GdP-Attraktivitätsprogramm bereits zu kennen und einige Positionen zu teilen oder zumindest ähnlich zu bewerten. Er kündigte an, eine Prüfung aller Forderungen schnellstmöglich in Auftrag zu geben.

MiZi

## BUNDESFACHAUSSCHUSS SCHUTZPOLIZEI

# Wechselschichtdienst im Fokus der Beratungen

Themen rund um den Wechselschichtdienst standen im Mittelpunkt der Beratungen des Bundesfachausschusses Schutzpolizei (BFA Schupo)

erörterte der Schupo-Expertenkreis das weitere Vorgehen bei vier auf dem Bundeskongress 2010 verabschiedeten Wechselschichtdienst-Anträgen. Zudem



Konzentriert bei der Arbeit: der BFA Schupo bei seiner Sitzung in der Berliner GdP-Bundesgeschäftsstelle.

Foto: Zielasko

auf seiner Sitzung Ende Januar 2013 in der Berliner GdP-Bundesgeschäftsstelle. Dabei arbeitete der BFA Schupo unter Vorsitz des Berliner Kollegen Rainer Schlipat und unter Teilnahme des für die Schutzpolizei zuständigen Mitglieds des Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstands, Jörg Bruchmüller, ein ambitioniertes Programm ab. So

wurde die Umsetzung eines Antrags zur Errichtung einer Arbeitsgruppe, die ein Rahmenkonzept zur Einrichtung von Polizeidienststellen erarbeiten soll, intensiv diskutiert. Weitere Tagesordnungspunkte betrafen die Zukunft der Polizei sowie Fragen zu Einsatz, Belastung und Ausstattung.

MiZi



# Gespannt?!

Effizienter beladen durch perfekte Ladungssicherung. Für die Ermittlung der optimalen Spannkraft.

# Ruthenbeck

- Zurrgrurtbeschläge, Ladungssicherung
- Karabinerhaken, Schäkel, Kauschen
- Drahtseilklemmen, Spannschlösser
- Kistenbeschläge, Schlossriegel
- Hebezeuge

www.ruthenbeck.de Ruthenbeck GmbH • Apriler Weg 15 • 59675 Hemer  
info@ruthenbeck.de Tel. +49 (0)2372/96864-0 • Fax +49 (0)2372/96864-56

Hier werden Vorspannkraft sichtbar.

### Ihre Vorteile:

- Handlich
- Leicht zu bedienen
- Sofortige Ergebnisse
- Für 35mm- und 50mm-Spanngurte
- Kostengünstig
- Sehr robust
- Leicht ablesbar
- Leicht zu verstauen

Für eine entspannte Fahrt – sprechen Sie uns an.



## Sicherheit für den öffentlichen Dienst



### Kommen Sie zur HUK-COBURG

- Größter Versicherer des öffentlichen Dienstes.
- TOP-Tarife und bedarfsgerechte Angebote, die optimal zu Ihnen passen.
- Anhaltend gute und beste Noten von Test-Experten.

Fragen Sie nach den besonderen Tarifen für den öffentlichen Dienst. Die Adresse Ihres nächsten Ansprechpartners finden Sie im örtlichen Telefonbuch unter »HUK-COBURG«.

Sofortige Auskunft zu unseren günstigen Versicherungsangeboten erhalten Sie unter **0180 2 153153\***, per Fax unter **0180 2 153486\*** oder direkt auf [www.HUK.de](http://www.HUK.de).

\*Kostenlos aus deutschen Telefonnetzen

Kooperationspartner des

**DEUTSCHER  
PERSONALRÄTE  
PREIS 2013**



**HUK-COBURG**  
Aus Tradition günstig

## PERSONALRÄTE-PREIS

Der „Deutsche Personalräte-Preis 2013“, eine Initiative der Zeitschrift „Der Personalrat“ zusammen mit dem DGB-Bundesvorstand, wird dieses Jahr zum dritten Mal vergeben. Die Auszeichnung will die Arbeit von Personalräten öffentlich machen, ihre Arbeit wertschätzen und die Interessenvertreter motivieren, sich kreativ und gestaltend für die Belange der Beschäftigten einzusetzen.

Als größte Selbsthilfeeinrichtung für den öffentlichen Dienst beteiligt sich die HUK-COBURG als Partner und lobt neben der DGB-Jugend einen Sonderpreis aus. Der diesjährige Preis ehrt Projekte zwischen 2011 und 2013 – egal, ob sie von einzelnen Personalratsmitgliedern, Gremien oder dienststellenübergreifenden PR-Kooperationen durchgeführt worden sind. Neben der Wertschätzung ausgezeichnete Projekte wird der Personalratsarbeit im Allgemeinen eine stärkere öffentliche Wahrnehmung und Anerkennung verschafft.

An Themen dürfe kein Mangel herrschen: Ob faire Entlohnung, Arbeits- und Gesundheitsschutz, Fragen zur Mitbestimmung, Qualifizierung oder Regelungen von Arbeits- und Dienstzeiten. Jetzt sind die Personalräte gefragt, sich mit ihrem Projekt zu bewerben. Auch Vorschläge Dritter, die Kenntnis über PR-Projekte haben und diese für preiswürdig halten, sind willkommen.

Die Kriterien für die Bewertung der Arbeiten sind beispielsweise die Umsetzbarkeit und Übertragbarkeit der durchgeführten Projekte sowie die Auswirkungen auf den Dienststellenalltag. Zudem prüft eine Jury alle Arbeiten hinsichtlich ihres Innovationsgrades und bewertet die im Projekt umgesetzte Teamleistung hinsichtlich Originalität, Nachhaltigkeit und sozialem Einsatz.

Insgesamt können bis zu zehn Bewerber nominiert werden. Vergeben wird jeweils ein Preis in den Kategorien Gold, Silber und Bronze sowie in den zwei Sonderauszeichnungen von HUK-COBURG und der DGB-Jugend. Die Preise werden auf dem Schöneberger Forum am 27. November in Berlin verliehen. Alle nominierten Projekte werden in der Zeitschrift „Der Personalrat“ dokumentiert.

Für die Teilnahme genügt eine Kurzbewerbung mit den wesentlichen Informationen zum Projektinhalt. Bewerbungsunterlagen und Kontaktadressen unter [www.dprp.de](http://www.dprp.de). **Bewerbungsschluss ist der 31. Mai 2013. (Posteingang).** Weitere Informationen: Bund-Verlag GmbH, Christof Herrmann, Tel. 069/795010-49, Fax: - 29, E-Mail: [christof.herrmann@bund-verlag.de](mailto:christof.herrmann@bund-verlag.de), [www.bund-verlag.de](http://www.bund-verlag.de)

hmue



## GdP-Stand als Anziehungspunkt für Sicherheitsexperten

**Mehr als 1.000 Sicherheitsexperten aus 60 Nationen haben auf dem 16. Europäischen Polizeikongress in Berlin ihre Erfahrungen im Kampf gegen kriminelle Umtriebe im Internet ausgetauscht. Das Fazit: Gehackte Banküberweisungen, Datenklau, digitale Erpressung oder großangelegte Betrügereien machen den Ermittlern international große Sorgen und stellen eine wachsende Gefahr für die Sicherheit dar.**

**E**in Treffpunkt für Fachgespräche am Rande der zweitägigen Konferenz Mitte Februar war der neu gestaltete Stand der Gewerkschaft der Polizei. Der GdP-Bundesvorsitzende Bernhard Witthaut empfing dort die Innenminister von Nordrhein-Westfalen und Mecklenburg-Vorpommern, Ralf Jäger und Lorenz Caffier, und Berlins



**„Das grenzt an Strafvereitelung“ kritisierte Nordrhein-Westfalens Innenminister Ralf Jäger die Blockadehaltung der Bundesjustizministerin bei der Mindestspeicherung von Telekommunikationsdaten.**

Innensenator Klaus Henkel. Mitglieder des Bundesvorstandes sprachen mit mehreren Polizeipräsidenten und weiteren Sicherheitsexperten.

Der Vizepräsident des Bundeskriminalamtes (BKA), Jürgen Maurer, sagte vor den Fachleuten im Berliner Congress Center am Alexanderplatz: „Das Dunkelfeld bei Cybercrime ist noch nicht mal erahnbar.“ Nach BKA-Angaben wurden



**BKA-Vizepräsident Jürgen Maurer: „Das Dunkelfeld bei Cybercrime ist noch nicht mal erahnbar.“**

2011 in Deutschland rund 59.500 Fälle von Internet-Kriminalität registriert, fünf Jahre zuvor waren es erst 34.200. Diese Zahlen entsprächen jedoch „nicht im Ansatz der Problemlage, mit der wir es zu tun haben“. Nach EU-Angaben werden täglich weltweit eine Million Menschen Opfer von Internetkriminellen. Der dabei entstehende Schaden beläuft sich pro Jahr auf rund 290 Milliarden Euro.

Die Gewerkschaft der Polizei forderte vor der Konferenz Wirtschaftsunternehmen und staatliche Betriebe auf, jede Form von bekanntgewordener Internetkriminalität zur Anzeige zu bringen. Witthaut: „Der Staat darf seinen Strafverfolgungsanspruch in keinem Deliktsbereich aufgeben und sein Gewaltmonopol nicht gefährden.“ Mit Sorge bewertete die GdP die im Bereich der deutschen Wirtschaft erkennbare Tendenz, Angriffe gegen EDV-Anlagen lediglich durch private Sicherheitsunternehmen verfolgen zu lassen. Die Polizei müsse vielmehr



**„Die Schnellbesohlung von Polizeibeamten ersetzt keine IT-Fachkräfte“, sagte Mecklenburg-Vorpommerns Innenminister Lorenz Caffier zur Aufstellung der Polizei bei der Bekämpfung der Internetkriminalität.**



**„Technik allein reicht nicht aus. Wir brauchen auch genügend Personal“, führte Berlins Innensenator Frank Henkel aus. Fotos (4): Zielasko**

besser mit Technik, Ausbildung und personeller Ausstattung auf die Herausforderungen durch kriminelle Machenschaften im Netz aufgestellt werden. Witthaut: Die Kolleginnen und Kollegen dürfen der technologischen Entwicklung nicht hinterherhinken.“ *wsd*



## EUROPÄISCHER POLIZEIKONGRESS



Der Vorsitzende der GdP Bundespolizei, Josef Scheuring, (rechts) im angeregten Erfahrungsaustausch mit Uwe Sieber (l.), Direktor im Bundespolizeipräsidium Potsdam, und Wolfgang Wurm, Präsident der Bundespolizeidirektion Flughafen Frankfurt/Main.  
Fotos (3): Holecsek



Jürgen Mathies, Direktor des Landesamts für Zentrale Polizeiliche Dienste Nordrhein-Westfalen (l.), am GdP-Stand. In der Mitte der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Arnold Plickert und Frank Richter, Polizeipräsident in Hagen.



Berlins Innensenator Frank Henkel (r.) im Gespräch mit Bernhard Witthaut und Michael Reinke (l.) aus dem Geschäftsführenden Landesvorstand der GdP Berlin.

Fotos (3): Zielasko



Innensenator Henkel informiert sich am VDP/OSG-Stand über Verlagsangebot und OSG-Werbemittel. (v.l.n.r.) VDP-Geschäftsführer Bodo Andrae, OSG-Abteilungsleiterin Heike Born und VDP-Key-Account-Manager Reinhard Kaufmann.

GdP-Bundeskassierer Andreas Schuster und Sachsens Landespolizeipräsident Rainer Kann (r.) in angeregter Unterhaltung.



## EUROPÄISCHER POLIZEIKONGRESS



Mecklenburg-Vorpommerns Innenminister Lorenz Caffier begutachtet am GdP-Stand sein in der DP-Februar-Ausgabe veröffentlichtes Interview.



Oliver Malchow und der Leiter der Bezirkskriminalinspektion Lübeck, Kriminaldirektor Michael Sömsen (l.), in konzentriertem Austausch.

Foto: Holecek



Der bayerische Landespolizeipräsident Waldemar Kindler (l.), und Jörg Bruchmüller, Mitglied des Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstandes.



GdP-Chef Bernhard Witthaut begrüßt NRW-Innenminister Ralf Jäger (l.) am GdP-Stand.



Der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Bernhard Witthaut, (l.) im Pausendialog mit dem Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Klaus-Dieter Fritsche (m.) und dem gastgebenden Chefredakteur und Herausgeber des „Behörden Spiegel“, R. Uwe Proll.

Foto: FW



Münsters Polizeipräsident Hubert Wimber (r.) im Gespräch mit GdP-Vorstand Jörg Bruchmüller.

Fotos (5): Zielasko



Die komplette Bildergalerie verbirgt sich hinter dem QR-Code.



# Urlaub gerettet! Einkommen erhöht!

## Warnstreiks und Demonstrationen befördern akzeptables Ergebnis

Als ein „insgesamt akzeptables Ergebnis“ wertete der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Bernhard Witthaut, die in den frühen Morgenstunden des 9. März nach zähen Verhandlungen um eine spürbare Erhöhung der Einkommen für rund 800.000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes der Länder in Potsdam erzielte Einigung mit den Arbeitgebern des öffentlichen Dienstes.

Die Verhandlungen zur dritten Runde hatten am Donnerstag (7. März) begonnen und dauerten bis in die Nachtstunden der folgenden Tage. Die Länder hatten sich lange gegen einen Gehaltsabschluss gestäubt, der ihrer Ansicht die Personalkostenseite der Haushalte zu sehr belasten würde. Der Tarifabschluss hat nun nach Gewerkschaftsberechnungen ein Kostenvolumen für die Tarifbeschäftigten von 1,63 Milliarden Euro, mit den Beamten und Versorgungsempfängern 4,25 Milliarden Euro, insgesamt also 5,88 Milliarden Euro.



Demonstration einen Tag vor der letzten Runde der Verhandlungen. GdP-Chef Witthaut fordert vor 12.000 Gewerkschaftern in Potsdam ein verhandlungsfähiges Arbeitgeber-Angebot. Fotos (2): Holecek



Während der gesamten Tarifrunde am Puls der Verhandlungen, die Große Tarifkommission (GTK) der GdP.

Ohne Einigung in dieser entscheidenden dritten Tarifrunde hätten unmittelbar Urabstimmungen und unbefristete Streiks gedroht. Zwischen Gewerkschaften und

Arbeitgebern – der Tarifgemeinschaft deutscher Länder – gibt es kein Schlichtungsabkommen.

Für den notwendigen Druck auf die Arbeitgeber hatten nicht zuletzt die zahlreichen Demonstrationen und Warnstreiks der Gewerkschaftsmitglieder in den Wochen zuvor gesorgt.

Allein in Potsdam waren am Vortag der Verhandlungen über 12.000 Gewerkschaftsmitglieder von ver.di, GdP, GEW und dbb-Tarifunion dem Demonstrati-

onsaufruf gefolgt und hatten ihren Unmut darüber kundgetan, dass die Arbeitgeber bis dahin kein verhandlungsfähiges Angebot vorgelegt hatten. Noch einmal hatten 500 Demonstranten den anreisenden Arbeitgebern am Verhandlungsort einen lautstarken Empfang bereitet.

Dann zeichnete sich in der Nacht zum Samstag der Durchbruch ab. Die erzielten Einkommenserhöhungen von 2,65 Prozent ab 1. Januar 2013 und noch einmal 2,95 Prozent ab 1. Januar 2014 bezeichnete GdP-Vorsitzender Bernhard Witthaut als „... notwendigen Schritt, um eine weitere Abkoppelung der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder von der allgemeinen Einkommensentwicklung zu verhindern und als ein deutliches Signal für die nächste Tarifrunde für Bund und Kommunen im kommenden Jahr. Insbesondere der Erhalt von 30 Tagen Erholungsurlaub wird bei den Beschäftigten besonders hoch bewertet.“

Witthaut: „Leider ist es nicht gelungen, die Diskriminierung der Lehrer durch das Besoldungsdiktat der öffentlichen Arbeitgeber, insbesondere in den neuen Bundesländern, zu beseitigen und einen



## TARIFRUNDE 2013

Einstieg in einen bundesweiten Tarifvertrag für die angestellten Lehrer zu schaffen. Unsere Kolleginnen und Kollegen werden sie nach wie vor in diesem Kampf unterstützen.“

Kerstin Philipp, stellvertretende Bundesvorsitzende und für die Tarifpolitik

im Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand zuständig: „Besonders stolz sind wir darauf, dass wir das Anliegen der Beschäftigten, eine Einschränkung des Jahresurlaubs zu verhindern, erfüllen konnten. Das ist neben der Einkommenserhöhung die richtige Antwort auf die



Rund 500 Demonstrationsteilnehmer bildeten das „Empfangskomitee“ für die Arbeitgeber. In der Bildmitte die für Tarifpolitik zuständige stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Kerstin Philipp.



Machtvolle Demonstration der öD-Beschäftigten in Potsdam.

steigende Arbeitsbelastung im öffentlichen Dienst. Auch freue ich mich besonders über die erstrittenen Verbesserungen für die Auszubildenden. Das gilt sowohl für die Anhebung der Vergütung, aber auch besonders für die Sicherung ihrer beruflichen Perspektiven durch die erzielte Übernahmeregelung.“

Witthaut: „Nun müssen wir alle Kraft daransetzen, dass das erzielte Tarifiergebnis ohne inhaltliche und zeitliche Abstriche auch für den Beamtenbereich übernommen wird.“

Koer/hol



Erste Statements und Reaktionen nach einem hart errungenen Tarifiergebnis. GdP-Bundesvorsitzender Bernhard Witthaut und ver.di-Bundesvorsitzender Frank Bsirske (l.).



Der Verhandlungsführer der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL), Sachsen-Anhalts Finanzminister Jens Bullerjahn, vor den Pressevertretern. Rechts neben ihm, GEW-Vorstand Ilse Schaad und GdP-Chef Witthaut. Fotos (4): Holecek

Anzeige

**Workshop Spurensicherung**  
S400 und Superlite M  
23.4.13, 9-18 Uhr  
Bad Salzuflen



**Unterlagen:**  
089-742822-0  
[www.lumatec.eu](http://www.lumatec.eu)  
**LUMATEC**



# GdP-Mentoring-Projekt für Frauen

**Seit gut einem Jahr läuft das vom GdP-Bundesfrauenvorstand initiierte Mentoring-Programm zur Gewinnung weiblicher GdP-Nachwuchsführungskräfte. Das von der Hesselbach-Stiftung finanzierte und von der Soziologin Margaretha Müller geleitete Projekt wurde im Februar 2012 in Berlin-Spandau gestartet und wird im Juni mit einer Veranstaltung in Hilden seinen Abschluss finden. Die zwölf Kolleginnen (Mentees) hatten sich auf eine Ausschreibung in der Zeitschrift DEUTSCHE POLIZEI beworben. Von ihnen wurde die Bereitschaft zur Übernahme einer ehrenamtlichen Funktion in der GdP erwartet.**

legenheit an Kreis- und Bezirksgruppen-, Beirats- und Vorstandssitzungen teilzunehmen, ebenso an DGB-Veranstaltungen, Anhörungen im Landtag und Frauenkonferenzen anderer DGB-Gewerkschaften. Auf GdP-Bundesebene konnten die Kolleginnen Bundesfachausschusssitzungen, dem Schöneberger Forum und Tarifverhandlungen beiwohnen.

## Was bisher geschah:

Beim Auftaktworkshop im Februar 2012 wurden schwerpunktmäßig die Ziele des Projekts vorgestellt und die gegenseitigen Erwartungen geklärt. Die Tandems lernten sich näher kennen und schlossen

wurden die Tandems durch ein Referat der Soziologin Manuela Rukavina zum Thema „Selbstmarketing für Frauen“ fachlich unterstützt. Sie zeigte ihnen die unterschiedlichen Kommunikationsstrukturen bei Frauen und Männern ebenso auf wie das notwendige Selbstmarketing.

## Wie geht es weiter?

Die zweitägige Abschlussveranstaltung im Juni soll den Mentees nochmals die Möglichkeit geben, sich in der Gruppe auszutauschen sowie die GdP-Bundesgeschäftsstelle in Hilden kennenzulernen. Es soll aber auch eine erste Erfolgsbilanz über



Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Zwischenworkshops

Foto: Annette Terweide

eine Vereinbarung über ihre spezifischen Ziele, Vorgehensweisen und Arbeitsroutinen ab.

Der zweitägige zentrale Zwischenworkshop im November vergangenen Jahres in Potsdam diente dem Erfahrungsaustausch, aber auch einer ersten Bilanz über die bisherige Arbeit im Tandem. Zudem

## Erste Erfolge zeichnen sich ab

In den betreffenden Landesbezirken und bei der Bundespolizei wurde das Pilotprojekt der Frauengruppe sehr positiv aufgenommen. Die Tandems erhielten große Unterstützung in den Gremien. Insbesondere das „Shadowing“ ist nicht zu unterschätzen. Die Mentees hatten die Ge-

das 18 Monate dauernde GdP-Mentoring-Programm insgesamt gezogen werden.

Schon jetzt zeichnet sich ab, dass das Pilot-Projekt auf Bundesebene, in den Landesbezirken und Bezirken auf gute Resonanz stieß und eine Fortsetzung in vielen Landesbezirken gewünscht wird.

**Dagmar Hölzl**

Anzeige



### Integration von Polizeitechnik in Fahrzeuge

Mit unserer langjährigen Erfahrung im Aus- und Umbau von Sonderfahrzeugen im Großkundenbereich sind wir auch Ihr Partner für Fahrzeuge mit speziellen Anforderungen für BOS Polizei-, und Behördenfahrzeuge. Kontaktieren sie uns, wir beraten sie gerne oder schicken ihnen unser Leistungsangebot.

**Göttinger** . . . .  
**Sonderfahrzeugbau**

Telefon: 0551-99865-58  
Mail: [info@gstfb.de](mailto:info@gstfb.de)  
[www.gstfb.de](http://www.gstfb.de)





# Zwischenbilanz aus Niedersachsen



**Auf einem Rad: Imme Hildebrandt und Jennifer Uhl mit ihren Mentoren Elke-Gündner-Ede und Klaus Dierker.**  
Foto: Annette Terweide

Im vergangenen Jahr bekamen wir gleich mehrfach die Gelegenheit zum „Shadowing“, wobei wir insbesondere zwischen Juni und Dezember unsere Mentoren Klaus Dierker und Elke Gündner-Ede zu Veranstaltungen begleiten konnten. Vorgegangen waren regelmäßige Treffen in den jeweiligen Tandems, bei

denen beispielsweise Fragen hinsichtlich der Organisationsstruktur und der Gremienarbeit in der GdP geklärt sowie der persönliche Kontakt aufgebaut und intensiviert wurde. So begleiteten wir unsere Mentoren zur Fachtagung „Höherer Dienst“, einer Podiumsdiskussion der SPD in Hannover, dem Schöneber-

ger Forum und zur Sitzung der Großen Tarifkommission in Berlin. Darüber hinaus nutzten unsere Mentoren auch die Möglichkeiten, uns als ihre Mentees vorzustellen. Dadurch ergaben sich weitere Gespräche und zusätzliche Termine, wie beim niedersächsischen Landespolizeidirektor. Insgesamt war die Teilnahme an diesen Veranstaltungen zugleich spannend und bereichernd. Bereits jetzt konnten einige der in der Auftaktveranstaltung im Februar 2012 formulierten Ziele und Vereinbarungen des Mentoring-Projekts realisiert werden. Wir sind weiterhin motiviert und sehr gespannt auf das, was uns noch erwarten wird.

Einen bundesweiten Erfahrungsaustausch mit den anderen Tandems gab es beim Zwischenworkshop im November in Potsdam, bei dem auch die individuellen Ziele für die verbleibende Projektlaufzeit formuliert werden konnten. Wir hoffen sehr, dass dieses Projekt seitens der GdP auch künftig eine weitere Zustimmung erfahren wird – denn darin sind wir uns einig: Beim Mentoring profitieren von der vertrauensvollen Zusammenarbeit stets zwei Seiten – Mentee und Mentor/in!

*Imme Hildebrandt, Jennifer Uhl*

## Reise & Erholung

**Sommer Abenteuer bei uns**  
**TOP ANGEBOT**  
Canyoning & Raftingtour,  
1x grillen am Lagerfeuer und  
2 UF / Pension DU-WC  
Preis pro Person ab € 157,-  
office@rafting-oetztal.at  
www.rafting-oetztal.at  
Telefon: 0043 5252 6721

Ostsee/Eck.Bucht/Gettorf  
3-Zi.-Ferienwhg. i. EFH, 70 m², EK, VB,  
PKW-Stellpl., 7 km z. Strand, 04346/41 34 50

**Ostsee**  
Exkl. FeWo. in neuem Haus in Sierksdorf,  
60–90 m², EBK, direkte Strandlage, Seeblick,  
Hansapark, auch f. Gruppen, Erm. Kollegenpreise.  
Tel.: 045 63/70 21, Ostsee@gmx.info  
www.ostseeferienwelt.de

FeWo Insel Fehmarn zu vermieten  
oder verkaufen 01 70/6270912

**Franken**, bei Bamberg, walddreiche Gegend, Lift,  
Angeln, eigene Metzgerei, Menüwahl, 75 Betten,  
DU/WC/TV, HP 5 Tage ab 145,- €. Zur Sonne,  
96126 Pfaffendorf, Tel. 0 95 35/2 41, Prospekt

**BERLIN – Komf. FeWo in 2-Fam.-Haus**  
bis 5 Pers. – Tel.: 0 30/6 61 30 82  
www.fewo-feind.de

**Zittauer Gebirge – Kurort Jonsdorf**  
**Ferienchalet Heidehof**  
komf. Fewos für 2–6 Pers. in schöner  
Jugendstilvilla. Fahrradverleih, Dreiländereck  
D/PL/CZ, Fam. Zein, Tel.: 03 58 44/7 27 23,  
www.heidehof-jonsdorf.de

**THAILAND** www.royalsiamgolf.de  
(Ermäßigungen für Polizei u. a.)

**Bayerischer Wald**, komf. FeWo\*\*\*\* v. Kollegen  
ab 2 Pers., ab 30€/Tag, 9348 5 Rimbach, Tel./Fax:  
0 99 41/7118, www.ferienwohnung-gammer.de

**Fehmarn/Ostsee**  
2-Raum-FeWo. für 4 Pers.,  
am Südstrand,  
50 m z. Promenade, Kabel-TV  
Preise gem. Saison  
**Telefon: 040/6784581**  
www.fehmarn4family.de

http://ferienhaus-am-gardasee.123imwww.com

**Sommerpauschale**  
„All in One“  
gültig vom 15. 6. bis 30. 9. 2013

**1 Woche Halbpension + Silvrettcards ab 280 €**  
Alle Bergbahnen im ganzen Paznaun/Silvretta gratis,  
Frei- & Hallenbäder gratis, Gletschersafari, Schmugglertour,  
gef. Wanderungen inkl. Wellness, Swimming Pool,  
gratis WLAN und Mountainbikeverleih.  
Super Programm f. Kinder u. Jugendl. Kinderermäßigungen!  
**Neu: Badeseesee und Freizeitanlage**

**Hotel Post**  
A - 6553 SEE  
Tel. +39 041 0219  
Fax +39 041 0210  
www.postsee.at  
info@postsee.at



# **Erfahrungsbericht: Was verbindet die Direktionsgruppen Pirna und Hannover?**



Nach der bundesweiten Ausschreibung in der Zeitschrift DEUTSCHE POLIZEI bewarb ich mich für das Mentoring-Projekt der Frauengruppe (Bund). Das Team (Tandem) des Bezirks besteht aus Wolfgang Schmidt (Mentor) von der Direktionsgruppe Pirna und mir aus der DG Hannover (Mentee). Wir lernten uns anlässlich des zweitägigen Auftaktworkshops im Februar 2012 in Berlin kennen.

Problematisch schien anfänglich die große Entfernung zwischen Pirna und Hannover zu sein. Eine häufig gestellte Frage lautete: „Wie tauscht ihr euch aus?“ Die Städte liegen nicht gerade um die Ecke – macht das Ganze da überhaupt Sinn? Der Problematik dieser räumlichen Distanz treten wir durch mehrtägige Treffen aus unterschiedlichen Anlässen entgegen: Besuche, Seminarteilnahmen und Entsendungen. Ferner erleichtern die modernen Kommunikationsmittel den Austausch. Wolfgang lenkt uns in die richtige Richtung, während ich sinnbildlich in die Pedalen treten muss.

Neben den Basics Struktur, Aufgaben und Arbeitsabläufe innerhalb der GdP und die Einbindung in die Gewerkschaftsstruktur ist es selbstverständlich, dass wir uns mit den rechtlichen Grundlagen beschäftigen und hierbei aktuelle Themen und Rechtsprechungen aufgreifen.

Beim Zwischenworkshop im November zogen wir ein erstes Resümee. Seither

haben wir ein straffes Programm. Neben einem Arbeitstreffen mit dem Vorsitzenden der Direktionsgruppe Hannover, Martin Schilff und dem Vorsitzenden der KG Hannover, Michael Ramsay, besuchten wir die Geschäftsräume des Hauptpersonalrates. Mich beeindruckten noch immer die riesigen Aktenberge von Sven Hüber. In der GdP-Bundesgeschäftsstelle in Berlin nahm sich unser Bundesvorsitzender Bernhard Witthaut kurzfristig die Zeit zu einem Gespräch.

Ein Highlight war im Januar dann die Gasthörerschaft auf der Beirats- und KG-Vorsitzendenkonferenz des Bezirks Bundespolizei in Potsdam. Wir hatten mehrfach die Möglichkeit, mit Josef Scheuring und den Vorstandsmitgliedern über das Projekt zu diskutieren. Der Vorsitzende sicherte uns weiterhin seine Unterstützung zu.

Ein erstes Fazit: Das Mentoring-Projekt bietet viele Möglichkeiten der Nachwuchsgewinnung, sodass wir es auch auf Direktionsgruppenebene nur weiter empfehlen können.

P.S.: Ich möchte mich an dieser Stelle bei der KG Pirna für die herzliche Aufnahme und Betreuung bedanken. Ebenfalls geht ein großer Dank an meine Kolleginnen und Kollegen der BPOLI Hannover für ihr Verständnis und ihre Rücksichtnahme, ohne die der eine oder andere Projekttag gar nicht möglich gewesen wäre.

*Karin Dullnig*

(v. l.): Josef Scheuring, Karin Dullnig und Wolfgang Schmidt auf der Konferenz der KG-Vorsitzenden

Foto: GdP Bundespolizei

## **Was ist Mentoring?**

Mentoring basiert auf einer direkten partnerschaftlichen Beziehung im gewerkschaftlichen oder beruflichen Zusammenhang zwischen einer Mentee und einer Mentorin/einem Mentor. Durch die Beziehung zu einer erfahrenen Gewerkschafterin beziehungsweise einem Gewerkschafter wird die Mentee in ihrer persönlichen, gewerkschaftlichen und beruflichen Entwicklung unterstützt und gefördert.

Mentoren/innen sichern den Mentees für einen vereinbarten Zeitraum ihre Unterstützung zu, stehen bei Entscheidungen zur Seite und begleiten sie ein Stück auf ihrem gewerkschaftlichen und beruflichen Weg.

Die zwölf Mentoren/innen wurden von der GdP-Projektleitung unter dem Gesichtspunkt ausgewählt, dass sie bereits mehrjährige Erfahrungen aus der Gewerkschaftsarbeit in verantwortungsvoller Position mitbringen sollten und sich freiwillig dazu bereit erklärten, eine junge Gewerkschaftskollegin zu unterstützen.



## **Erste Eindrücke des Bremer Tandem**

Nachdem im Februar 2012 das Mentoring-Projekt für Frauen durch den Auftaktworkshop in Berlin eingeläutet wurde, sind die Mentees und Mentoren gefragt, es zu einem Erfolg werden zu lassen. Das bedeutet nicht nur, dass sich die Mentee Wissen über die zahlreichen Facetten der Gewerkschaftsarbeit aneignet. Ein besonderes Augenmerk liegt auch im zwischenmenschlichen Bereich. In welchen Netzwerken bewegt sich ein aktiver Gewerkschafter und wie funktionieren diese?

Nicht zu unterschätzen sind hierbei die jährlichen, traditionellen Termine. Dazu zählt in Bremen sicherlich das „Mahl der Arbeit“. Hierzu lädt seit über 50 Jahren, anlässlich des 1. Mai der DGB in die ehrwürdigen Mauern der oberen Rathaushalle ein. Dort trafen auch im vergangenen Jahr wieder zahlreiche Gewerkschafter und einige Vertreter aus der Politik im Rathaus. Nach der Festrede des DGB-Vorsitzenden Michael Sommer zum Thema „Gute Arbeit in Europa – gerechte Löhne, soziale Sicherheit“ ließen wir es uns nicht nehmen, miteinander ins Gespräch zu kommen.

Das „Mahl der Arbeit“ hat gezeigt, dass

Gewerkschaften einen wichtigen Stellenwert in der Gesellschaft einnehmen sollten. Denn im Gegensatz zu jedem Einzelnen sind sie diejenigen, die in der Öffentlichkeit und in der Politik noch Gehör finden, wenn es darum geht, Ungerechtigkeiten und Missstände in der Dienst- und Arbeitswelt anzusprechen und Lösungsansätze zu finden. Und genau diese Absicht verfolgt auch das Mentoring-Projekt – Lernen, sich konstruktiv und zielorientiert zu beteiligen!

*Wenke Schmidt*



*Wenke Schmidt, Dierk Stahl und Michael Sommer (r.) beim Mahl der Arbeit in Bremen*  
*Foto: Horst Göbel*

### **GLEICHSTELLUNG**

## **Studie zu Beurteilungen im Polizeivollzugsdienst abgeschlossen!**

***Kommen Frauen tatsächlich bei Beurteilungen schlechter weg als ihre Kollegen oder ist das nur eine Behauptung. Das von der Hans-Böckler-Stiftung finanzierte und auf sechs Monate ausgelegte Projekt „Beurteilung im Polizeivollzugsdienst – Gewährleistung der Gleichstellung der Geschlechter“ (siehe DP 4/12) sollte für Klarheit sorgen. Der Vorstand der Bundesfrauengruppe begleitete und unterstützte aktiv die von Dr. Andrea Jochmann-Döll und Dr. Karin Tondorf durchgeführte Untersuchung.***

### **Projektauftrag und Ziele**

Im Januar 2012 startete das Projekt mit dem Ziel, Regelungen und Praktiken bei Beurteilungen, die zu Benachteiligungen aufgrund des Geschlechts führen können, zu identifizieren. Kenntnisse über diese Mechanismen bilden die Voraussetzung

für die Gestaltung geschlechtsunabhängiger Beurteilungen.

Nach Abwägung verschiedenster Kriterien und Rückkoppelung mit der GdP-Bundesfrauengruppe wählten die Wissenschaftlerinnen Baden-Württemberg, Sachsen-Anhalt und die Bundespolizei für eine nähere Betrachtung aus. Mit GdP-

Unterstützung wurden in einem ersten Arbeitsschritt die Beurteilungsrichtlinien aller Länderpolizeien und der Bundespolizei sowie zur Verfügung gestellte Beurteilungsdaten analysiert. Im Anschluss an diese umfangreichen Datenrecherchen, Literatur- und Dokumentenanalysen fanden ab April in den beiden Ländern und der Bundespolizei ein- bis eineinhalbstündige Interviews mit Polizeipräsidenten, Personalreferenten und Gleichstellungsbeauftragten statt.

### **Ergebnisse**

Nach Auswertung der Daten kommt die Expertise zu dem Schluss: Frauen und Teilzeitbeschäftigte schneiden bei



## Leder-Serie Pride & Soul Edles Büffelleleder Marone

Das exklusive Leder ist mehrfach bearbeitet, hartgewachst und poliert, die Produkte bestechen durch eine einzigartige Optik und eine unvergleichbare Haptik.



### Umhängetasche Ethan

Verstellbarer Schultertrageriemen, Reißverschlussfach im Rücken. Überschlagnach mit Magnetverschluss, Reißverschlussfach, Bodenfalte.

Innen: Fronttasche unter dem Überschlagnach, Hauptfach mit Reißverschluss.

Maße: 35 x 32 x 10 cm.

25-5014 99,00 €



### Businessstasche Jayden

Griff und Schultertrageriemen, Reißverschlussfach im Rücken, Bodenfalte.

Innen: Hauptfach, Handy- und iPadfach (für iPad 1.2.3).

Maße: 37 x 30 x 8 cm.

25-5114 99,00 €



### Damengeldbörse Lady Jane

Großes Reißverschlussfach, Rundum Reißverschluss.

Innen: 12 Kreditkartenfächer, 3 Scheinfächer.

Maße: 21 x 10 x 2 cm.

25-5414 29,95 €



### Geldbörse Logan

Verschlusslasche mit Druckknopf.

Innen: Münzfach, 3 Kreditkartenfächer, Scheinfach, Einsteckfach.

Maße: 10 x 9,5 cm.

25-5214 15,95 €

### Geldbörse Knox

Reißverschlussfach außen, halber Rundumreißverschluss, Lederschlaufe mit 2 Karabinern, Netzfach.

Innen: 2 Kreditkarten Fächer, 2 Einsteckfächer.

Maße: 13,8 x 8,5 x 1,5 cm.

25-5314 15,95 €



### LOLLICLOCK Pastell

Farbiges Silikonarmband und Kunststoffgehäuse.

Drehbare Lünette, 3-Zeiger-Uhrwerk,

5 ATM Spritzwassergeschützt. Gehäuse-

durchmesser 40 mm.

2 Jahre Garantie (nicht auf Batterien, Armband und Verschlüsse).

Einzelpreis je Uhr 11,95 €



25-5024

25-5124

25-5224

Letzter Bestelltermin:  
30.04.2013



**Wichtig:** Bei Auftragswert unter 100,- Euro zuzüglich 4,50 Euro Porto- und Versandkosten. Nutzen Sie den Vorteil einer Sammelbestellung. Lieferung erfolgt auf Rechnung! Ihre Bestellung richten Sie bitte an die:

**Organisations- und Service-Gesellschaft der Gewerkschaft der Polizei mbH**

Postfach 309 • 40703 Hilden • Tel.: 02 11/7104-168 • Fax: -4165 • [osg.werbemittel@gdp.de](mailto:osg.werbemittel@gdp.de) • [www.osg-werbemittel.de](http://www.osg-werbemittel.de)

## GLEICHSTELLUNG

Beurteilungen im Polizeivollzugsdienst mehrheitlich schlechter ab als Männer und Vollbeschäftigte. Im mittleren Dienst und bei der Kriminalpolizei sind die Unterschiede zwischen Männern und Frauen diesbezüglich zwar geringer, aber vorhanden. Für die Ergebnisse sind offenbar Diskriminierungspotenziale in den Beurteilungsrichtlinien als auch Mechanismen in der behördlichen Beurteilungspraxis verantwortlich.

### Gründe

Die Richtlinien eröffnen subjektive

Spielräume, sodass auch leistungsfremde Faktoren wie soziale Aspekte, Vorurteile, Geschlechterrollenbilder und -stereotypen oder handfeste Interessenlagen in die Beurteilung einfließen. Die Interview-Ergebnisse zur Beurteilungspraxis weisen auf etliche benachteiligende Mechanismen hin. Zum Beispiel werden geringere zeitliche Flexibilität und Präsenz (Teilzeit) als Leistungseinschränkung gewertet, hohes Dienstalter und Lebensleistung werden hingegen hoch bewertet. Es mangelt zudem an Kontrolle und Bewertung der Beurteilungen. Mehr Chancengleichheit wäre durch größere Transparenz, Sensi-

bilisierung und einer Objektivierung der Beurteilung erreichbar.

Die Ergebnisse der Studie wurden im März dieses Jahres bei der GdP-Arbeitstagung des Bundesfrauenvorstands präsentiert. Hier war auch Gelegenheit sein, mit den Wissenschaftlerinnen die praktischen Konsequenzen und Umsetzungsmöglichkeiten zu diskutieren.

*Dagmar Hölzl,  
Bundesfrauenvorsitzende*

Anzeige

**DANKE!**

**Ohne den Einsatz der Polizei wäre unser Fußball so nicht möglich.  
Damit macht sie die Bundesliga zu einer der sichersten Ligen der Welt.**

**Die DFL bedankt sich bei der Polizei für ihr großes Engagement.**



## Zeitungsartikel löst massive Kritik aus

**„Skandalös“, „diffamierend“, „Ein Schlag in die Fresse“ so lauten zusammengefasst die massiven Reaktionen unserer Mitglieder und unserer GdP-Landesbezirke auf einen Artikel in der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ (F.A.S.) vom 24. Februar 2013 zur Gewalt gegen Polizisten. Nach der Veröffentlichung des Beitrages unter dem Titel „Heule, heule Gänschen“ erreichte die Redaktion DEUTSCHE POLIZEI eine Vielzahl von E-Mails und Telefonanrufen, in denen sich Kolleginnen und Kollegen empört über den Zeitungsbericht äußerten. Der Bundesvorstand der Gewerkschaft der Polizei reagierte sofort und schrieb einen Brief an das Herausbergremium der Zeitung.**

Der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow brachte in dem Schreiben im Namen der mehr als 173.000 Beschäftigten der Polizei, die in der GdP organisiert sind, sein großes Befremden über den Beitrag zum Ausdruck. „Wir veranstalten keinen ‚Heulbojenwettbewerb‘ und sind auch keine ‚Männer am Rande des Nervenzusammenbruchs‘, abgesehen davon, dass auch viele Frauen im Polizeiberuf zu unseren Mitgliedern und Funktionsträgerinnen zählen“, wies Malchow entsprechende Behauptungen der Autorin Friederike Haupt zurück. Zudem „lärmten“, „greinen“ und „predigen“ Polizisten nicht, wie es in dem Text weiter heißt. Der Gewerkschafter erwiderte: „Was wir allerdings vermuten, ist, dass solche Attribute offenbar einen ansonsten dünnen Text aufpeppen sollten.“

In dem Zeitungsartikel wird der Kriminologe Rafael Behr von der Polizeihochschule in Hamburg zitiert, der davon spricht, dass

die Polizei zu viel jammere. Die Journalistin: „Woran merkt man, dass einer nicht leidet, sondern jammert? Ganz einfach: Man muss es ihm auf den Kopf zusagen. Die Reaktion ist immer die gleiche. Wut.“

### GdP steht für kritisches Gespräch bereit

Malchow stellte klar: „Der Grund unserer Verwunderung ist nicht eine kritische Auseinandersetzung mit der Polizei oder uns als deren größter Berufsvertretung. Auch Untersuchungsergebnisse und statistische Erhebungen können und müssen hinterfragt werden.“ Einem auch kritischen Gespräch hätte sich die GdP gerne gestellt, davon Gebrauch gemacht habe die Autorin bedauerlicherweise nicht.

Ungeachtet dessen, so der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende in dem Brief an die Zeitungsredaktion weiter, dass Frau Haupt den Polizeibeamtinnen und -beamten offenbar das Recht abspreche, „... als

unkündbare Staatsdiener mit Pensionsanspruch“ eine Gewerkschaft zu gründen und damit das im Grundgesetz verankerte Koalitionsrecht bezweifele, habe die Gewerkschaft der Polizei nie einen Hehl daraus gemacht, für ihre Mitglieder Lobbyarbeit zu leisten, um ihre beruflichen, sozialen und gesellschaftlichen Interessen zu vertreten, wie es in der Satzung steht. „Diese Lobbyarbeit üben wir nicht in Hinterzimmern oder im Geheimen aus, sondern offen und stehen dazu“, was gerade wieder die Tarifverhandlungen gezeigt hätten.

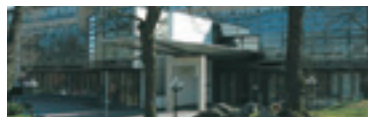
### Studie zu Polizeialltag durchgesetzt

Der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende verwies zugleich darauf, dass die Positionen der beiden einzigen „Zeugen“ der Autorin, Udo Behrendes, Leiter des Leitungsstabes im Polizeipräsidium Köln, und Professor Behr, bekannt seien und selbstverständlich kontrovers diskutiert würden. „Als wir vor Jahren auf die wachsende Gewalt in unserer Gesellschaft, auf ihre zunehmend menschenverachtende Intensität und auf die steigende Zahl von Übergriffen auf Polizeibeamtinnen und -beamte aufmerksam gemacht haben, wurde

#### (Auszug aus dem F.A.S.-Beitrag

„... Fast niemand in der Polizei traut sich, Tacheles zu reden. Kritik wird als Schwächung betrachtet, Kritik aus den eigenen Reihen gar als Hochverrat. Wenn sie dann noch auf das Jammern zielt, geht es schlimmer nicht mehr. Denn mal angenommen, es wäre alles gar nicht sooo furchtbar: Dann könnte ja bei der Polizei gespart werden ...“)

Anzeige



Habichtswald-Klinik • Wigandstr. 1 • 34131 Kassel • www.habichtswaldklinik.de • info@habichtswaldklinik.de

... wieder Atem schöpfen



### Habichtswald-Klinik

Fachklinik für Psychosomatik, Onkologie und Innere Medizin Kassel - Bad Wilhelmshöhe. In Mitten Deutschlands am Fuße des größten Bergparks Europas mit Herkules und Schloss Wilhelmshöhe sowie in direkter Nachbarschaft zu einer der schönsten Thermen liegt die Habichtswald-Klinik.

In ihrem Selbstverständnis als Klinik für Ganzheitsmedizin arbeitet die Habichtswald-Klinik auf der Ebene einer integrativen Betrachtung von Körper, Seele und Geist in einer Synthese aus Schulmedizin, Naturheilverfahren und komplementärer Therapien. Die Klinik hat einen Versorgungsvertrag nach § 111 und ist nach § 30 GWO als beihilfefähig anerkannt.

Bei den Gesetzlichen Krankenkassen ist die Habichtswald-Klinik als Rehabilitationsklinik anerkannt, bei den privaten Krankenversicherungen als „Gemischte Einrichtung“ die auch Akutbehandlungen gemäß OPS 301 durchführt. Die Beihilfestellen rechnen mit der Klinik den allgemeinen niedrigsten mit den Sozialversicherungsträgern vereinbarten pauschalen Pflegesatz ab.

#### Spezielle Behandlungskonzepte zu

- Burn-out Symptomatik
- Tinnitus, Schwindel und Lärmschäden
- depressiver Erschöpfung
- Angstsymptomatik
- Traumatherapie
- Missbrauch von Suchtmitteln
- onkologischen und internistischen Erkrankungen

Kostenloses Service-Telefon: 0800 890 110 Telefon Aufnahmebüro: 0561 3108-186, -622



GdP-Leserbrief in der F.A.S. vom 3.3.2013

**Polizei I**

**POLITIK** Zu „Heule, heule Gänsechen“ von Friederike Haupt (29. Februar): Liebe Frau Haupt, mit Interesse habe ich gerade Ihren Artikel gelesen. Ich bin seit 21 Jahren Polizeibeamter, davon 19 Jahre in Frankfurt. In der Sache gebe ich Ihnen grundsätzlich recht. Ich wollte Sie eigentlich nur darauf hinweisen, dass viele Polizeibeamte in Deutschland keine freie Heilfürsorge bekommen. Ich bezahle jeden Monat über 900 Euro an Krankensicherungsbeiträgen für meine fünfköpfige Familie. Eine kostenlose Familienversicherung, wie bei der gesetzlichen Krankensicherung, gäbe es für mich nicht. Finanziell bin ich deshalb mit meinen drei Kindern gegenüber einem Angestellten oder Arbeiter benachteiligt. Das gleicht



Leserbriefredaktion  
der Frankfurter Allgemeinen  
Sonntagszeitung  
60347 Frankfurt/Main

E-Mail senden

Wie möglich viele Leserbriefe  
veröffentlichen zu können,  
sind wir leider häufig gezwungen,  
sie zu kürzen. Wir lesen alle  
Ihre Beiträge und beachten  
sie, auch wenn wir sie nicht  
beantworten können.

allerdings der Status des Privatpatienten bei der ärztlichen Behandlung wieder aus. Dass ich un kündbar bin, empfinde ich tatsächlich als Privileg. Dass ich allerdings meinen Lohn nicht aushandeln kann, sondern auf Gedeih und Verderb vom Wohlwollen des Gesetzgebers abhängig bin, das ist kein Privileg. Das ist eine Einschränkung, die ich mit allen Beamten teile. Das aber ist ein ganz anderes Thema.

Arno Minge, Frankfurt am Main

**Polizei II**

**POLITIK** Etwas zu „Heule, heule Gänsechen“? Es wundert Sie sicher nicht, dass der oben genannte Artikel unter den über 173.000 Beschäftigten der Polizei, die in der Gewerk-

schaft der Polizei (GdP) organisiert sind, auf großes Befremden gestoßen ist. Wir haben als Gewerkschaft der Polizei nie einen Hehl daraus gemacht, für unsere Mitglieder Lobbyarbeit zu leisten, um ihre beruflichen, sozialen und gesellschaftlichen Interessen zu vertreten, wie es in unserer Satzung steht. Diese Lobbyarbeit üben wir nicht in Hinterzimmern oder im Geheimen aus, sondern offen und stehen dazu. Wir „jagen“ keine „Pressemeldungen hinaus“, veranstalten keinen „Heulbojenswettbewerb“ und sind auch keine „Männer am Rande des Nervenzusammenbruchs“, abgesehen davon, dass auch viele Frauen im Polizeiberuf zu unseren Mitgliedern und Funktionssträgerinnen zählen. Wir „lärmern“, „greinern“ und „predigen“ nicht, da Religion die Privatsache unserer Mitglieder ist. Was wir allerdings vermuten, ist, dass solche

und mit Steinen beworfen zu werden. Dafür, so führt ihre Autorin an, erhielten die Beamtinnen und Beamten schließlich eine Polizeizulage.“

Malchow zufolge ist dies ein interessanter Standpunkt, den sich eine bisher als Leitmedium anerkannte Zeitung da offenbar zu eigen macht. Wenn ausweislich der Zahlen, die ihre Autorin recherchiert habe, sich täglich lediglich 62 Fälle von „Widerstand gegen die Staatsgewalt“ registriert werden, so dränge sich die Frage auf: „Wie viel dürfen es denn nach Meinung der F.A.S. sein?“

**Täglich 98 Polizisten fallen vollendeter Widerstandshandlung zum Opfer**

Zahlen des Bundeskriminalamtes sprechen eine klare Sprache. In der Geschäftsspezifik der Polizeilichen Kriminal-

statistik (PKS) 2011 ist nachzulesen, dass an jedem Tag 98 Polizistinnen und Polizisten einer vollendeten Widerstandshandlung zum Opfer fielen. Fünf Polizeibeamte müssten täglich nach dem vollendeten Delikt einer „Gefährlichen und schweren Körperverletzung“ von ihrem Dienst abtreten, dazu kommen laut PKS 2011 noch ebenso viele Kolleginnen und Kollegen, bei denen eine solche Straftat versucht wurde.

wsd

Attribute offenbar einen atemlosen dünnen Text aufpeppen sollten.  
Gewerkschaft der Polizei Bundesvorstand, Oliver Malchow.



**Polizei III**

**POLITIK** Etwas zu „Heule, heule Gänsechen“? Ein einziges Bravo für „Heule heule Gänsechen“ von einem der 20 Jahre Leiter einer Polizeiverwaltung war. Es ist noch viel schlimmer! In den Polizei-

uns vorgehalten, dass Letzteres nicht durch belastbares Zahlenmaterial belegt werden könne. Umfassende Erhebungen hat es bislang tatsächlich nicht gegeben, da dieses Thema vielen Politikern unbequem war. Wir haben dennoch eine Studie auch gegen politischen Widerstand durchsetzen können, in der sich Tausende von Polizeibeamtinnen und -beamten durch ein anerkanntes Institut nach ihren Alltagserfahrungen befragt ließen.“

Alle Dokumente seien auf der Homepage [www.gdp.de](http://www.gdp.de) veröffentlicht, erklärte Malchow und betonte an die Journalistin gerichtet: „Wenn Sie sie nachlesen, werden Sie sicher feststellen, dass unsere These keine Übertreibung war, sondern vom Alltag des Polizeiberufes bestätigt wird.“

Zugleich wandte sich der GdP-Vize an das Herausbergremium der Zeitung: „Ihre Autorin ist offenbar der Meinung, dass ein Polizeibeamter oder eine Polizeibeamtin in der Ausübung ihres Dienstes zum Schutz der Gesetze und der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land ertragen muss, angespuckt, beleidigt, verprügelt

**Leserbrief des Publizisten Peter Jamin an die „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“**

„Ich bin Autor des Sachbuchs „Abgeknallt – Gewalt gegen Polizisten“ und entsetzt über den diffamierenden Boulevardstil, die Einseitigkeit der Berichterstattung und die Vernachlässigung journalistischer Basics. Ihre Autorin, Frau Haupt, hat mich im vergangenen Jahr telefonisch interviewt, auch habe ich ihr Informationsmaterial und mein Buch als pdf-Datei zukommen lassen.

Es stört mich nicht, dass Ihre Autorin in ihrem Bericht darauf nicht eingegangen ist. Mich entsetzt vielmehr, dass sie mit Professor Behr und dem Polizeiabteilungsleiter Behrendes zwei einsamen Kritikern eine Plattform bietet, deren Expertise in Fragen der „Gewalt gegen Polizisten“ in keiner Weise in dem Artikel belegt wird, außer dass sie wie hunderttausende Polizisten und tausende Polizeiwissenschaftler das Arbeitsgebiet Polizei und wie die meisten anderen eine persönliche Meinung zum Thema haben. Dagegen

werden wissenschaftliche Arbeitsergebnisse wie die Untersuchung des Kriminologischen Forschungsinstituts zum Thema oder Recherche-Ergebnisse wie mein Sachbuch bei dieser pseudo-investigativen Berichterstattung unter den Tisch gekehrt. Vor diesem Hintergrund habe ich abschließend eine Frage an die Chefredaktion der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung: Ist das der journalistische Stil, mit dem Sie in Zukunft ihre Leser vom Kauf Ihrer Zeitung überzeugen wollen?“



# Forum zum Beitrag in der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“

„Also sind wir Polizeibeamte nicht nur privilegierte „Heulsusen“ und „Jammerlappen“, sondern auch noch Straftäter – (Paragraf 340 Strafgesetzbuch (StGB) Körperverletzung im Amt, Paragraf 344 StGB Verfolgung Unschuldiger, Paragraf 164 StGB Falsche Verdächtigung, Paragraf 145d StGB Vortäuschen einer Straftat) Polizeiliches Handeln kritisch zu hinterfragen und Fehler der „Menschen in Uniform“ anzuprangern ist in einer Demokratie wichtig und legitim. Die Medien haben das Recht diese Themen zu beleuchten. Allerdings haben die Medien auch eine Verpflichtung. Erlauben Sie mir in diesem Kontext eine Frage. Subsumiert die Frankfurter Allgemeine diese Hetze neuerdings unter seriöser Berichterstattung?“

*Michael Birkhan, Bremen*

„Im Jahre 2001 wurde in Schleswig-Holstein der ‚Hilfs- und Unterstützungsfonds für Polizeibeschäftigte und deren Familien in Not e.V.‘ gegründet. Anlass für diesen gemeinnützigen Verein war die Feststellung, dass körperliche, aber auch verba-

le Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte immer weiter zunahmen. Dieser Trend setzt sich offensichtlich bis heute fort. Beispielhaft sei auf die entsprechende Untersuchung des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen verwiesen. Ziel des Hilfsfonds ist es, im Dienst zu Schaden gekommenen Beamtinnen und Beamten ein positives Feedback aus der Bevölkerung, die diesen Fonds mit Spenden versorgt, durch entsprechende Kurz- und Rehabilitationsmaßnahmen zu geben.

Ihr Zeitungsartikel ist offenbar von wenig bis gar keiner Sachkenntnis über den Ablauf des täglichen polizeilichen Dienstes geprägt. Beamtinnen und Beamte müssen sich bei unzähligen Vorkommnissen auf das Übelste beschimpfen und beleidigen lassen, weil die Akzeptanz von Normen, die sich unsere Gesellschaft letztlich selbst über den Gesetzgeber gegeben hat, offenkundig immer weiter abnimmt. In sehr vielen Fällen werden Beamtinnen und Beamte bespuckt und körperlich und mit Waffen angegriffen. Ein nicht akzeptabler Zustand, den die Verfasserin des Artikels verniedlicht und damit letztlich die Meinung publiziert, es sei alles gar nicht so schlimm! Kein Mensch käme auf die Idee einem Schiedsrichter, der über körperliche Angriffe von Spielern nach Durchsetzung von Spielregeln berichtet, vorzuhalten, er würde jammern! Im Gegenteil, ein solcher Vorwurf des Jammerns würde einhellig verurteilt!

Polizeibeamtinnen und -beamte sind in der heutigen Zeit besonders stressresistent und mit einer hohen Toleranzschwelle durch entsprechende Aus- und Fortbildung ausgestattet. Sie sind allerdings nicht die Prügelknaben und -mädchen von Menschen, die die Werte des gesellschaftlichen Miteinanders nicht respektieren und glauben, ihren Frust und anderes mehr an Polizeibeamtinnen und -beamten ausleben zu können und dann in der F.A.S. und bei faz.net noch lesen dürfen, dass die Polizeibeschäftigten nur jammern, und all das ja wohl mit dem Gehalt abgegolten sei. Wenn auf diese Zustände hingewiesen wird, ist das kein Jammern, sondern die Beschreibung eines inakzeptablen Zustandes, der sich ändern muss.“

*Wolfgang Pistol, Vorsitzender des Hilfs- und Unterstützungsfonds für Polizeibeschäftigte und deren Familien in Not ev.*

„Zumindest das im Artikel erwähnte Zahlenmaterial ist äußerst fragwürdig. Den erwähnten Lagebericht würde ich gern selbst mal sehen, ich studiere lieber die Originalquellen als das, was andere daraus zu lesen belieben. Übrigens sehr zu empfehlen, manchmal sehr überraschend. Schau ich mal zum Vergleich den gleichen Lagebericht, allerdings aus Rheinland-Pfalz, weil mir der für NRW nicht vorliegt, für 2011 an, so weist dieser um die 1.900 verletzte Polizeibeamte aus. Das ist doch arg komisch. So im Vergleich. Sind die Rheinland-Pfälzer so viel brutaler als die Leute in Nordrhein-Westfalen? Ich halte weiter dagegen die Polizeiliche Kriminalstatistik des Bundesinnenministeriums von 2011. Danach kam es bundesweit zu 8.831 Fällen von vollendeter Körperverletzung zum Nachteil von Polizeibeamten, davon handelte es sich bei 1.651 Fällen um schwere und gefährliche Körperverletzung (Paragraf 224, 226, 231 StGB) und bei 7.180 Fällen um (vorsätzliche leichte) Körperverletzung gemäß Paragraf 223 StGB. Nun ist NRW da nicht extra ausgewiesen, aber wenn ich das vereinfachend mal durch 16 teile (Anzahl der Bundesländer), komme ich ohne Berücksichtigung der Tatsache, dass NRW wegen seiner höchsten Bevölkerungszahl auch die meisten Polizeibeamte hat – und deswegen vermutlich noch deutlich mehr verletzte Polizeibeamte auf NRW entfallen – auf 552 verletzte Polizeibeamte für 2011. Also entweder war die Steigerung von 2010 nach 2011 ganz schön gewaltig oder da hat sich jemand im Lagebericht verlesen. Oder gelesen, was er lesen wollte, wenn ich mir die Überschrift dieses ominösen Artikels so ansehe.

Auch möchte ich die Aussage, Woran merkt man, dass einer nicht leidet, sondern jammert? Ganz einfach: Man muss es ihm nur auf den Kopf zusagen. Du jammertest! Die Reaktion ist immer die gleiche. Wut hervorheben. Mit dieser Weisheit aus der Küchenpsychologie disqualifiziert sich die Autorin sowas von selbst, dass es kaum zu übertreffen ist. Welche Reaktion zeigt denn ihrer werten Ansicht nach ein Polizeibeamter, der ‚wirklich leidet?‘ Ich bin ja ein Fan von Sarkasmus, aber bei Zynismus hört es bei mir echt auf.“

*Gerke Minrath-Grunwald  
Keine Gewalt gegen Polizisten e.V.,  
Vorstandsvorsitzende*

Anzeige



**BRUNOX®**  
Waffenpflege ist  
- Laufreinigung,  
- Korrosionsschutz  
- und Schmierung

Erhältlich im guten Fachhandel / Info und Händlernachweis:  
BRUNOX Korrosionsschutz GmbH, Tel. 0841/ 961 2904; Fax / 961 2913



**THOMAS BROCKHAUS**  
Automobile und mehr

Wir liefern Fahrzeuge fast aller  
Fabrikate mit **TOP RABATTEN**.  
Inzahlungnahme möglich. % % % %

Informieren Sie sich!  
**Telefon: (02207) 76 77** % % % %

www.fahrzeugkauf.com





# Düsseldorfer Autor mit GdP-Stern ausgezeichnet

**Die Kreisgruppe Kassel der Gewerkschaft der Polizei hat den Düsseldorfer Schriftsteller und Journalisten Peter Jamin am 26. Februar 2013 im Rahmen einer Lesung und Expertenrunde zum Thema „Gewalt gegen Polizisten“ im Polizeipräsidium Nordhessen in Kassel mit dem „GdP Stern 2012“ ausgezeichnet. Jamin erhält die Ehrung – so die Inschrift des Preises – „in besonderer Würdigung seiner herausragenden journalistischen Leistungen zum Thema Gewalt gegen Polizisten“. In seinem erzählenden Sachbuch „Abgeknallt – Gewalt gegen Polizisten“ beschreibt der Autor die dramatische Geschichte eines Polizisten, der im Dienst während seiner Nachtschicht als Geisel genommen und niedergeschossen wurde. Jamin las bisher in Düsseldorf, Bremen, Berlin, Kiel und Hannover.**

Der Kreisgruppenvorsitzende der GdP Kassel, Lars Elsebach, stellte in seiner Laudatio fest: „Mit seinem Buch hat Peter Jamin der Polizei ein Gesicht gegeben“. Dafür hat er den GdP-Stern mehr als verdient.“ Damit befindet sich der 61-jährige in guter Gesellschaft: In den Vorjahren wurden u.a. mit dem Preis ausgezeichnet: der ehemalige hessische Ministerpräsident Hans Eichel, die Schauspielerinnen Iris Berben, Ulrike Folkerts und Evelyn Hamann, TV-Polizist Jan Fedder, „XY... ungelöst“-Moderator Rudi Cerne, der hessische Innenminister Gerhard Bökel wie auch der New Yorker Polizeibeamte Detective David Morales, der als Ersthelfer nach dem Anschlag auf das World Trade Center am 11. September 2001 besonders engagiert war.

### Erschreckendes Resümee

Das Resümee, das der Autor in seinem Sachbuch zieht, ist erschreckend. Die, die für die Einhaltung der Gesetze und gesellschaftlichen Normen im wahrsten Sinne des Wortes ihren Kopf hinhalten, werden immer häufiger angepöbelt, bespuckt und tödlich angegriffen. Die Uniform, die den Polizisten für alle Bürger klar erkennbar und ansprechbar machen soll, setzt ihn nun der Anfeindung aus und macht ihn zur Zielscheibe von Übergriffen. Wo der Autor liest, hinterlässt er nachdenkliche, betroffene Gesichter.

Die Leidensgeschichte des Polizisten, den der Autor in seinem Buch „Ralf Halbach“ nennt, ist keine leichte Krimikost. Der minutiösen Schilderung der Abläufe in Passau stellt Jamin immer wieder die Gewalt gegenüber, der sich Polizistinnen und Polizisten im täglichen Dienst ausgesetzt sehen. Peter Jamins Forderung an die Gesellschaft, die Politik und die Justiz ist

klar: Die Polizei, die den Rechtsstaat schützt, muss durch diesen auch bestmöglich gegen Angriffe geschützt werden. Diese Forderung vertritt auch die GdP derzeit nicht nur mit ihrer bemerkenswerten YouTube-Kampagne „Auch nur ein Mensch“ (DP berichtete in der Ausgabe 2/2013).

### Werteverfall beklagt

In der anschließenden Gesprächsrunde unter der Moderation des hessischen GdP-Vorsitzenden Jörg Bruchmüller diskutierten Staatsanwältin Andrea Boesken (Staatsanwaltschaft Kassel), Richterin Brigitte Schornstein-Bayer (Amtsgericht Kassel), der Facharzt für Psychiatrie und Psychotherapie Dr. Thomas Gärtner von der Medizinisch-Psychosomatischen Klinik Bad Arolsen, Autor Peter Jamin, der Präsident des Polizeipräsidiums Nordhessen, Eckhard Sauer sowie Thorsten Klug, Marcus Vogt und Karl Justus als drei von Gewalttaten betroffene Polizisten über die Hintergründe, Motivation und Lösungen bei der Gewalt gegen die Polizei.

Einig waren sich alle Teilnehmer, dass ein allgemeiner Werteverfall in der Gesellschaft zu beklagen sei. Eine zunehmende Verrohung und die regelmäßige Missachtung von bislang als gültig angenommenen Normen trafen nicht nur Polizeibeamte, sondern auch Feuerwehr, Rettungsdienste und Justiz. Die Kasseler Richterin Schornstein-Bayer beklagte ebenfalls eine deutliche Respektlosigkeit etwa von Angeklagten gegenüber der Richterschaft. Nicht zuletzt wurde die GdP-Forderung zur Schaffung einer besonderen Schutznorm, in

Form des Paragraphen 115 Strafgesetzbuch erörtert.

### Betroffenheit

Sehr eindrücklich waren auch die Schilderungen der drei Kollegen, Klug, Justus und Vogt, die von ihren Erfahrungen mit Gewalt im Dienst berichteten. Besonders hervorzuheben ist hierbei die Geschichte von Thorsten Klug, der zusammen mit den an der Startbahn erschossenen Kollegen Klaus Eichhöfer und Thorsten Schwalm am 2. November 1987 eingesetzt war und der selbst angeschossen wurde. Dass durch das Gericht damals eine Verurteilung der Täter lediglich wegen Totschlags erfolgte, macht auch heute noch betroffen.

Deutlich wurde, dass man offenbar seitens der Justiz geneigt sei, Beleidigungen



(v.l.): Stefan Rüppel, BZG Nordhessen, Lars Elsebach, KG Kassel, Peter Jamin, Jörg Bruchmüller, GdP Hessen. Foto: Simone Sauerländer

und tätliche Angriffe ein Stück weit als Berufsrisiko des Polizeibeamten zu bewerten und entsprechend anders zu ahnden als Straftaten zum Nachteil anderer Personen.

Niemand, der den Polizeiberuf ergriffen hat, wird indes bestreiten, dass dies eine gefahreneneigte Tätigkeit ist. Zu erwarten ist zudem, dass Polizisten mit diesen Gefahren auch umgehen können. Im Umkehrschluss bedeutet dies nicht, dass eine Straftat gegenüber einem Polizeibeamten weniger schwer wiegt und deshalb milder bestraft werden kann.

P. J./Thomas Rüdiger (KG Kassel)



QR-Code:  
GdP fordert Paragraf 115 Strafgesetzbuch gegen Übergriffe auf Polizisten.



# Kernaufgaben der Sicherheit und fiskalische Überlegungen miteinander vereinbar?

**Unter dem Motto „Durch mehr THERAPIE weniger im VISIER“ veranstaltete die GdP Rheinland-Pfalz Mitte Januar ihr diesjähriges GdP-KriPoFORUM im Wappensaal des Landtages. „Es entspricht dem gesellschaftspolitischen Anspruch der Gewerkschaft der Polizei, dass wir uns mit der heutigen Veranstaltung über den polizeilichen Bereich hinaus bewegen und ein drängendes rechtspolitisches Thema aufgreifen“, erklärte der rheinland-pfälzische GdP-Landesvorsitzende Ernst Scharbach bei der Begrüßung der über 80 Teilnehmer der inhaltlich prall gefüllten Tagesveranstaltung. Schließlich zog er ein eher durchwachsenes Fazit und fragte in Richtung Politik, inwieweit Kernaufgaben der Sicherheit und fiskalische Überlegungen miteinander vereinbar seien.**

lich. Einzelne Verbesserungsvorschläge im Rahmen der Evaluation hätten die Grundzüge der Konzeption nicht berührt. Wilhelm machte auch die Zweifel und Fragen deutlich, die in den Reihen der Polizei formuliert werden. Unabhängig von einer ebenfalls positiven Grundeinschätzung zu VISIER werde die Kritik in erster Linie an der Ausdehnung auf Gewalttäter, den Möglichkeiten effektiver Einflussnahme durch die Polizei und personellen Belastungen festgemacht.

Einige dieser Fragen tauchten dann



(v.l.): GdP-Landesvorsitzender Ernst Scharbach, Katharina Raue MdL, Michael Hüttner MdL, Moderatorin Sabine Stöhr (SWR), Klaus Michael Böhm (BIOS-BW), Matthias Lammert MdL.

Foto: GdP RP

Nach dem Grußwort des Landtags-Vizepräsidenten Heinz-Hermann Schnabel formulierte Bernd Becker, in der rheinland-pfälzischen GdP zuständig für Kriminalpolizei, Kriminalpolitik und Recht, die Ziele und Fragestellungen des Expertenforums: „Wir wollen niemand an den Pranger stellen, sondern ein gemeinsames Bewusstsein dafür schaffen, dass es Vollzugsdefizite gibt und Rechtsänderungen erforderlich sind“. Es wurde auch klar, dass die Aspekte der Begutachtung im Hauptverfahren und der Opferschutz eine wichtige Rolle spielen und damit die Gesetzgebung auf Bundesebene, denn Fortschritt könnte an dieser Stelle nur eine gründliche Novelle des Paragraphen

246a Strafprozessordnung bringen.

## VISI<sup>ER</sup>: Positive Grundeinstellung, aber ...

Kai Fuhrmann aus der Abteilung Strafrecht des Mainzer Ministeriums der Justiz und Verbraucherschutz sowie Jörg Wilhelm, Abteilung Polizei des rheinland-pfälzischen Innenministeriums, erläuterten das ressortübergreifende Konzept VISIER (s. Kasten S. 37). Fuhrmann verdeutlichte, dass VISIER aus Sicht der Justiz in erster Linie einem strukturierten Informationsaustausch diene. Die justizielle Praxis halte das Konzept einhellig für ausgewogen, sachgerecht und praxistaug-

auch in der nachmittäglichen Podiumsdiskussion wieder auf. Es sei nicht plausibel, wenn der Adressatenkreis von Land zu Land unterschiedlich sei, erklärte Kriminaldirektor Wendelin Schmidt, Leiter der Kriminalinspektion Montabaur, und untermauerte diese Aussage mit dem Hinweis auf die Justizvollzugsanstalt (JVA) Diez, die rund 200 Meter von der hessischen Landesgrenze entfernt sei. VISIER-Anschlussmaßnahmen in den Nachbarländern scheiterten, da die Gewalttäter in dortigen Länderkonzepten nicht aufgenommen seien.

Gewalttäter könnten indes auch anders sachgerecht begleitet werden, beispielsweise in Intensivtäter-Konzepten. Deutlich wurde, dass die Rückfallgefahr bei



## AUS DEN LÄNDERN

Gewalttätern sehr viel schwerer zu beurteilen sei, als bei Sexualstraftätern. Letztlich: Die Gewalttäter machen ein Drittel der aktuell 267 VISIER-Probanden aus. An der Stelle sei vor dem Hintergrund der Personalsituation eine Schwerpunktsetzung auf Sexualstraftäter erforderlich, erklärten Diskussionsteilnehmer.

### Therapie kein Allheilmittel

Michael Händel, Therapeutischer Leiter in der JVA Ludwigshafen (Sozialtherapeutische Anstalt) gab den Teilnehmern aus Polizeikreisen einen aufschlussreichen Einblick in die therapeutischen Möglichkeiten des Justizvollzugs in Rheinland-Pfalz, insbesondere in das Arbeitsfeld der Sozialtherapeutischen Einrichtungen. Hierzu präsentierte Händel unter anderem empirisch international

abgesicherte Informationen zur Frage der Wirksamkeit, aber auch der Grenzen von Behandlungsmaßnahmen bei Straftätern. Er ging dabei auch auf den Bereich der ambulanten psychotherapeutischen Nachsorge ein.

An den Standorten Ludwigshafen und Trier gebe es demnach Psychotherapeutische Ambulanzen der Justiz („PAJuen“), bei denen während der Strafhaft begonnene Therapien nach Haftentlassung fortgeführt werden können, was für die Absicherung des Behandlungserfolges von großer Bedeutung sei. Derzeit sei aufgrund von Wartezeiten bei den PAJuen sowie des Umstandes, dass nur wenige niedergelassene Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten bereit seien, mit der fraglichen Klientel zu arbeiten, nicht immer gewährleistet, dass Therapien, die in der Haft begonnen worden seien, nach

Haftentlassung nahtlos fortgesetzt werden könnten.

Die Diskussion am Nachmittag verdeutlichte, dass in den bestehenden PAJuen noch Personalbedarf besteht. Die Einrichtung weiterer PAJuen, insbesondere im Norden des Landes, sei erforderlich. Es sei unterdessen schwierig, geeignete Therapeuten zu finden.

### Aus der Praxis

Professor Heinrich Rüddel von St.-Franziska-Stift Bad Kreuznach ließ die Forumsteilnehmer an seinen Erfahrungen mit der ambulanten Therapie von Sexualstraftätern teilhaben. Wichtig sei, so Rüddel, dass der Proband bereit sei, sich zur Tat und zum Lebenslauf zu offenbaren. Oftmals komme im Hauptverfahren die Wirklichkeit nicht auf den Tisch, es

## Kapitalmarkt

Extra günstig vom Spezialisten anrufen und testen.

**0800 - 1000 500**

Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns, **seit über 35 Jahren.**



Beamtendarlehen **supergünstig**  
**5,27%** effektiver Jahreszins\*  
Laufzeit 7 Jahre

- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Beamtendarlehen ab 10.000 € - 125.000 €
- Baufinanzierungen günstig bis 120%



Kapitalvermittlungs-GmbH  
E3, 11 Planken  
68159 Mannheim  
Fax: (0621) 175190-25  
Info@AK-finanz.de

[www.AK-Finanz.de](http://www.AK-Finanz.de)

\*Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D.

Äußerst günstige Darlehen z.B. 30.000 € Sollzins (fest gebunden) 5,15%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 426 € effektiver Jahreszins 5,27%, Bruttobetrag 35.784 € Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, feste Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens- Renten oder Restschuldversicherung.

**Hypotheken, Beamten- u. Angestelltendarlehen Forwarddarlehen, Ratenkredite**  
Lösen Sie teure Kredite ab und senken Sie die monatlichen Kosten.  
Individuelle Beratung und beste Konditionen vermittelt:  
**IFS Hans-Joachim Janke**  
Königswall 1 • 44137 Dortmund  
[www.ifs-janke.de](http://www.ifs-janke.de) • Tel. 0231/9 1451 45

**BARGELD** noch HEUTE!  
**Tel. 0201/22 1348**  
Seit 1980 vermittelt PECUNIA GmbH Kredite von 1000–100000 €.  
• Laufzeit bis 240 Monate  
• ohne Auskunft bis 10000 €  
45127 Essen - Gänsemarkt 21  
[www.pecunia-essen.de](http://www.pecunia-essen.de)

**20 bis 100.000 Kredite ohne monatliche Belastung durch Immobilienerwerb.**  
**Korrekte notarielle Abwicklung wird garantiert.**  
**Infos unter:**  
**01 57-35 71 08 33**

**Caritas international**  
[www.caritas-international.de](http://www.caritas-international.de)  
Spendenkonto 202 753  
Postbank Karlsruhe, BLZ 66010075  
**Diakonie**  
**Katastrophenhilfe**  
[www.diakonie-katastrophenhilfe.de](http://www.diakonie-katastrophenhilfe.de)  
Spendenkonto 502 707  
Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70

Beamtenkredite für Beamte auf Lebenszeit, Beamte auf Probe und Tarifbeschäftigte im Öffentlichen Dienst

**[www.kredite-fuer-beamte.de](http://www.kredite-fuer-beamte.de)**

oder fordern Sie Ihr persönliches Angebot telefonisch an unter 0800-500 9880

**Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!**  
**[www.1a-Beamtendarlehen.de](http://www.1a-Beamtendarlehen.de)**  
Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD

**0800-0404041**  
Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren

**NÜRNBERGER**  
Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung  
Andreas Wendt  
Prälat-Höing-Str. 19 • 46325 Borken-Wesela



# Sicher leben

Das Präventionsportal **PolizeiDeinPartner.de** bietet allen Bürgern, Unternehmen, Institutionen und Behörden die Möglichkeit, sich online über einzelne Themenbereiche der kriminalpolizeilichen Prävention umfassend zu informieren.



## Breit gefächerte Themengebiete, z. B.:

- Diebstahl und Betrug
- Gewalt und Missbrauch
- Internet und Mobilfunk
- Sicheres Gebäude
- Verkehrserziehung und -sicherheit
- Zivilcourage



## Zielgruppenorientierte Gliederung:

- Autofahrer und ÖPNV-Nutzer
- Gewerbetreibende
- Kinder und Jugendliche
- Eltern, Lehrer und Erzieher
- Mieter und Eigentümer
- Urlauber

Und viele mehr.

## Umfangreicher Zusatz-Service:

- Viele nützliche Links und Downloads
- Monatlicher Newsletter
- Kriminalpolizeiliche Beratungsstellen
- Bußgeldrechner

# www.PolizeiDeinPartner.de

INFORMIEREN. AGIEREN. VORBEUGEN.

## POLIZEI DEIN PARTNER

Das Präventionsportal

VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR

Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH

Anzeigenverwaltung

Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei



Forststraße 3a, 40721 Hilden

Telefon 0211/7104-0, Telefax 0211/7104-174

av@vdpolizei.de, www.vdpolizei.de

werde auf der Basis eines Deals abgeurteilt. Zweite Voraussetzung sei, dass der Proband die Therapie wolle. Die Bereitschaft zur Therapie könne sich aber auch in den ersten Sitzungen ergeben.

Aus einer nicht repräsentativen Zusammenstellung von 39 Probanden habe bei 14 aus diesen Gründen keine Therapie stattfinden können, was die Therapie als Gerichtsauflage auch durchaus problematisch mache. Sieben seien therapeutisch gescheitert und hätten zum Teil mit erneuten Taten und Strafhaft geendet. 18 Therapien seien zu Ende gebracht worden.

An Fallbeispielen machte Professor Rüdell die Vielfalt der Problemstellungen und Problemkombinationen, so Diabetes oder geistige Behinderung, deutlich. Ein besonderes Problem der klinischen Therapie sei zudem die Frage der Kostenübernahme.

### Therapie ist Opferschutz – Änderung des Paragraphen 264a Strafprozessordnung

Die Behandlungsinitiative Opferschutz in Baden-Württemberg (BIOS-BW) ist ein Zusammenschluss von über 100 Personen, vorwiegend aus Justiz, Strafvollzug und Forensik und betreibt im Land als Auftragnehmer der Justiz Forensische Ambulanzen. Klaus Michael Böhm ist Richter am Oberlandesgericht Karlsruhe und BIOS-BW-Vorsitzender. Neben der praktischen Arbeit will BIOS, so führte Böhm aus, im politischen Raum ein Umdenken und Rechtsänderungen erreichen. In einem Memorandum, das seinerzeit an Bundesjustizministerin Brigitte Zypries gerichtet wurde, forderte BIOS die Änderung des Paragraphen 246a Strafprozessordnung. Es solle demnach nicht mehr – wie bisher – nur in den Fällen, in denen eine Sicherungsverwahrung oder eine Unterbringung in Frage komme, eine Begutachtung des Angeklagten erfolgen, sondern grundsätzlich bei schweren Gewalt- und Sexualstraftaten. Böhm: „Jeder Vorsitzende Richter soll sich fragen, was er dafür tun kann, dass eine solche Tat nicht mehr passiert, dass niemand mehr Opfer wird. Es darf in der Hauptverhandlung nicht mehr nur um die Schuldfähigkeit und die Bestrafung gehen.“ Es müsse in der Hauptverhandlung geklärt werden, ob der Angeklagte therapiefähig sei, erklärt Böhm und sagte weiter: „Therapie der Täter ist der modernste und der beste Opferschutz“. Der Richter verwies zuletzt auf die herausragenden Erfolge, die in der



GdP-Landesvorsitzender Ernst Scharbach (links) und Vize-Landtagspräsident Heinz-Hermann Schnabel eröffneten das GdP-Forum im Wappensaal des Landtages. Foto: GdP RP

Schweiz durch konsequente Diagnose und Therapie erzielt werden.

### Bewusstsein geschaffen

In der abschließenden Podiumsdiskussion unter Leitung der Südwestfunk-Journalistin Sabine Stöhr stellten sich Vertreter der im Landtag vertretenen Parteien dem komplexen Thema. SPD-Politiker Michael Hüttner: „Ich bin der GdP dankbar für diese Veranstaltung, denn die Problemstellung war mir in der Form bisher nicht bewusst, insbesondere was den Bedarf an Behandlungsmöglichkeiten angeht.“ Hüttner sagte zu, gemeinsam mit dem rechtspolitischen Sprecher Heiko Sippel das Thema aufzuarbeiten und über Initiativen zu entscheiden. Dass die Gewalttäter – im Gegensatz zu anderen Bundesländern – in Rheinland-Pfalz mit im VISIER-Programm seien, betrachte er mit gemischten Gefühlen. Katharina Raue von Bündnis90/Grüne zeigte Klarheit: „Ich war immer dagegen, die Gewalttäter in VISIER aufzunehmen“. Im Hinblick auf eine Änderung des Paragraphen 246a Strafprozessordnung und die ausbaubedürftigen Therapiemöglichkeiten im Land äußerte sie grundsätzliche Zustimmung, wies aber auch auf die Haushaltssituation und die verfassungsgemäße Schuldenbremse hin, die Grenzen setze. Christdemokrat Matthias Lammert begrüßte wie die anderen Podiumsteilnehmer, dass auf Bundesebene im Gesetzgebungsverfahren sei, dass wenigstens bei pädophilen Sexualstraftätern die Begutachtung von Gefährlichkeit und Therapiefähigkeit

in der Hauptverhandlung obligatorisch werden solle. Im Übrigen wies er darauf hin, dass allen Präventionsbemühungen durch die Polizei durch fehlendes Personal Grenzen gesetzt seien. Einstellungszahlen müssten dringend erhöht werden. Sozialdemokrat Michael Hüttner und Grüne Katharina Raue erläuterten, dass das Landes-Strafvollzugsgesetz im parlamentarischen Verfahren sei. Es sehe eine gravierende Verbesserung dadurch vor, dass die Begutachtung der verurteilten Sexualstraftäter jetzt zu Beginn der Strafhaft vorgeschrieben werde, mit dem Ziel einen Behandlungs- und Resozialisierungsplan auf der Diagnose aufzubauen.

### Durchwachsenes Fazit

Der rheinland-pfälzische GdP-Chef Scharbach zeigte sich in seinem Fazit eher desillusioniert: „Vor dem Hintergrund der von allen Parteien beschlossenen Schuldenbremsenpolitik habe ich keine Hoffnung auf einen wirksamen Ausbau des Opferschutzes durch mehr Therapie-Personal und eine sachgerechte Personalausstattung der Polizei“.

Es gebe, so Scharbach weiter, Handlungsbedarf, sowohl im Vollzug, als auch bei der Gesetzgebung und vor allem bei der Frage, ob es ethisch vertretbar sei, Opferschutz von der Kassenlage der Länder abhängig zu machen. BIOS-BW habe indes recht: Täter-Therapie sei ein probates Mittel des Opferschutzes. Therapien seien wirkungsvoll und senkten die Rückfallgefahr. Häftlinge, Haftentlassene und Tatgeneigte zu therapieren, statt sie



# forum kriminal- prävention



Zeitschrift der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention



Buchtipps  
Neues aus der Wissenschaft  
Gewalt an Schulen  
Jugenddelinquenz  
Erziehung und Pädagogik  
Kommunale Prävention  
Einbruchsprävention  
Sicherheitstechnik  
Prävention in Europa  
Evaluation

Aktuelle Präventionsthemen für Sie beleuchtet –  
**forum kriminalprävention** für nur

**19,-€**  
jährlich,  
zzgl. Versandkosten

Bitte senden Sie mir die Fachzeitschrift „forum kriminalprävention“ zum Jahresabonnementspreis von 19,- € inkl. MwSt. zzgl. 5,- € Versandkosten zu. Erscheinungsweise: 4 Ausgaben/Jahr



Bestellen Sie heute Ihr Abonnement **forum kriminalprävention** um besser informiert zu sein. Als Dankeschön für Ihre Bestellung erhalten Sie diese LED-Lampe für Ihren Schlüsselbund, die Sie auf jeden Fall behalten dürfen. Weitere Informationen über die Zeitschrift und die Stiftung erhalten Sie auf [www.vdpolizei.de](http://www.vdpolizei.de) (auch online-Bestellungen)

Name, Vorname

Firma, Abteilung

Straße/Hausnummer

Plz, Ort

Telefon/Telefax

E-Mail

Datum, Ort

1. Unterschrift

**Vertrauensgarantie:** Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb der folgenden zwei Wochen schriftlich beim VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH, Anzeigenverwaltung, Forststr. 3a, 40721 Hilden, widerrufen kann und bestätige dies durch meine zweite Unterschrift. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung.

Datum, Ort

2. Unterschrift

Die Fachzeitschrift „forum kriminalprävention“ erscheint 4 x jährlich (März, Juni, September, Dezember). „forum kriminalprävention“ erscheint beim VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Anzeigenverwaltung und wird von dort als Jahresabonnement bezogen. Das Abonnement bezieht sich auf ein volles Kalenderjahr und verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis 30.06. zum Jahresende eine Kündigung erfolgt. Der Abo-Jahres-Preis beträgt 19,- € inkl. MwSt. zzgl. 5 € Versandkosten. Einzelheftpreis: 5,- € inkl. MwSt. zzgl. Versandkosten.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR  
Anzeigenverwaltung  
Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei  
Forststr. 3a • 40721 Hilden  
Tel.: 0211/7104-188 • Fax: 0211/7104-4188

## AUS DEN LÄNDERN

„mit aufgeladener Batterie“ ins VISIER-Konzept zu entlassen, verursache zudem mittel- und langfristig Einspareffekte.

Scharbach: „Schon zum Vollzug der heutigen Rechtslage fehlen Therapie-Einrichtungen und -Personal. In diesem Bereich müssen zukunftsfähige Arbeitsplätze angeboten werden, um Anreize für diese anspruchsvolle Tätigkeit zu setzen.“

### Dicker Brocken

Mit VISIER habe die Polizei einen weiteren dicken Brocken an Aufgaben mit hoher Priorität hinzubekommen, bei abnehmendem Personalbestand der zuständigen Dienststellen. Das Konzept werde zwar grundsätzlich nicht in Frage gestellt, doch „ein Stück Ehrlichkeit wäre die Herausnahme der Gewalttäter aus dem Konzept“. Die GdP Rheinland-Pfalz fordert die Novellierung des Paragraphen 246a Strafprozessordnung im Sinne des BIOS-Memorandums: die Begutachtung aller Gewalt- und Sexualstraftäter im Erkenntnisverfahren, nicht erst in Strafhaft. Zumindest die im Gesetzgebungsverfahren befindliche Fassung, die bei pädophilem Tathintergrund die Begutachtung vorsehe, dürfe nicht mehr „im Berliner Polit-Gewirr untergehen“. Die Neufassung des Strafvollzugsrechts für Rheinland-Pfalz, das seit der Föderalismusreform länderunterschiedlich geregelt werde, sehe einen Schritt in die richtige Richtung vor: Begutachtung zu Beginn der Strafhaft.

Scharbach: „Die Politik generell muss sich überlegen, ob der Opferschutz wie auch andere Kernaufgaben des Staates fiskalischen Überlegungen zugänglich sind. Für die Gestaltung des Wohnum-

feldes für Sicherungsverwahrte hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg dies ausgeschlossen. Folgerichtig wurde gebaut, auch an der Justizvollzugsanstalt Diez.“

*Bernd Becker*

### Hintergrund

**VISIER** ... ist das Vorbeugende Informationsaustauschsystem zum Schutz vor Inhaftierten und Entlassenen Rückfalltätern.

Ähnliche Konzepte gibt es in anderen Bundesländern, beispielsweise HEADS (Haft-Entlassen-Auskunfts-Datei-Sexualstraftäter) in Bayern. Alle Konzepte sollen dazu dienen, der Polizei rechtzeitig vor deren Entlassung Informationen über rückfallgefährdete Straftäter zu übermitteln. Die bewerteten Informationen münden in unterschiedlichste Maßnahmenkonzepte, die von der Information der zuständigen Dienststellen, über eine Gefährderansprache und Wohnsitzüberprüfung bis hin zu sehr eingriffs- und personalintensiven Maßnahmen reichen können. In Rheinland-Pfalz beschränkt sich das Konzept nicht auf Sexualstraftäter, sondern erfasst auch andere Gewalttäter.

### GdP-Standpunkt

Die Menschen vor gefährlichen und rückfallgefährdeten Straftätern zu schützen, so die Haltung der GdP Rheinland-Pfalz, sei Kernaufgabe der Polizei und werde nicht in Frage gestellt. Für die Polizei gehe die Arbeit erst richtig los, wenn die Gefährlichkeit beurteilt sei. Ohne Spezialisierung sei das nicht mehr machbar, was die ohnehin schwindenden Personal-Ressourcen arg beanspruche. Jeder wisse: Hundertprozentige Sicherheit gebe es nicht. Und doch ächzten viele Kolleginnen und Kollegen unter der Verantwortung, die ihnen bei dem Thema übertragen werde. Bernd Becker: „Wir fordern, die Gewaltkriminalität aus dem Straftatenkatalog in Rheinland-Pfalz auszuklammern. Das würde die Fallzahlen um ein Drittel senken und das Konzept kompatibel mit den Nachbar-Bundesländern machen, bei denen das Programm auf Sexualstraftäter beschränkt ist.“

## KINDERSCHUTZ

# Fünf Jahre Kinderschutzhotline in Mecklenburg-Vorpommern

**Seit fünf Jahren existiert die Kinderschutzhotline in Mecklenburg-Vorpommern. Unter der einprägsamen Telefonnummer 0800/14 14 007 werden Hinweise auf Gefahren für Leib und Leben oder die ungehinderte Entwicklung einer eigenen Sexualität für ein Kind rund um die Uhr und auf Wunsch anonym entgegen genommen. Analog zum Polizei-Notruf beurteilen Experten im Landesjugendamt sofort die Angaben der Anrufer und leiten diese dann an zuständige Mitarbeiter im jeweiligen Landkreis beziehungsweise der jeweiligen kreisfreien Stadt weiter.**

**Was ist eine Kinderschutzhotline?** Die Kinderschutzhotline ist nicht vergleichbar mit einer sogenannten Nummer gegen Kummer und grundsätzlich auch kein

Beratungstelefon für Betroffene, Erziehungsberechtigte oder besorgte Dritte. Derzeit gibt es bundesweit Kinderschutzhotlines in Berlin, Hamburg und eher

unbekannt in Bremen. Mecklenburg-Vorpommern verfügt als erstes und bislang immer noch einziges Flächenland über eine Kinderschutzhotline. Am Anfang stand die Frage, warum eine relativ kleine Zielgruppe eine eigene Notrufnummer erhalten sollte. Da es bei einer Kinderschutzhotline nicht um Erwachsene geht, die sich grundsätzlich selber zu helfen in der Lage sind, sondern um Kinder, die teilweise noch nicht telefonieren können oder physisch oder psychisch vom Täter stark abhängig sind, sieht es hier deutlich anders aus. >





Der Autor: Rainer Becker Foto: privat

Auch galt es zu berücksichtigen, dass viele Hinweisgeber selber noch aus einer Generation kommen, in der die heute gemäß Paragraf 1631 BGB verbotene sogenannte körperliche Züchtigung von Kindern noch an der Tagesordnung war. Bei solchen Anrufern muss oft ausführlicher herausgearbeitet werden, dass es doch besser ist, wenn der zu Grunde liegende Sachverhalt behördlich überprüft wird. Derartige Gespräche beanspruchen in aller Regel mehr Zeit als bei der alltäglichen Bewältigung von 110-Notrufen zur Verfügung steht.

Deshalb favorisierte der Verfasser dieses Beitrages, seinerzeit Fachbereichsleiter Polizei der Verwaltungsfachhochschule Mecklenburg-Vorpommerns und jetziger Vorstandsvorsitzender des Landesverbandes der Deutschen Kinderhilfe e. V., das Einrichten eines „eigenen“ Sondernotrufs für Kinder, die Kinderschutzhotline des Landes. Der damalige Sozialminister und heutige Ministerpräsident Erwin Sellering, entschied, dass die Kinderschutzhotline in M-V im Bereich Soziales angebunden werden sollte.

In nur rund sechs Monaten traten 18 Landräte, Oberbürgermeister und Bürgermeister der kreisfreien Städte des Landes einer Vereinbarung bei, dass das beim Sozialministerium angebundene Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGUS) für sie die bei der Hotline eingehenden Informationen entgegennehmen und an sie weiterleiten soll. Dies ergab sich aus der Tatsache, dass gemäß dem Sozialgesetzbuch VIII (SGB VIII) Kinder- und Jugendhilfe Angelegenheit der Kommunen und grundsätzlich keine des Landes ist. Aus diesem Grund sollte und soll die zentrale Hotline die jeweilige Erreichbarkeit der örtlich zuständigen Jugendämter auch lediglich ergänzen.

## Das Verfahren

Die Kinderschutzhotline ist kostenlos und ständig besetzt. Außerhalb der Geschäftszeiten werden Anrufe automatisch an Fachkräfte für Kinderschutz beim Arbeitersamariterbund in Rostock weitergeleitet. Der entgegengenommene Hinweis wird bewertet und über den Landkreis an das zuständige Jugendamt weitergeleitet. Unmittelbar danach wird die Meldung schriftlich nachgereicht.

Wird bei einem Anruf von einer erheblichen Gefahr für ein Kind ausgegangen, kommt sofort die Polizei ins Spiel, die schneller zum Ort des Geschehens fahren kann und besser auf die in derartigen Fällen zu treffenden Sofortmaßnahmen vorbereitet ist. Bei bloßem Beratungsbedarf hingegen wird an das Jugendamt verwiesen.

Sobald das zuständige Jugendamt seine Übernahme erklärt hat, werden alle personenbezogenen Daten bei der Kinderschutzhotline gelöscht. Für alle ab diesem Zeitpunkt zu treffenden Sofortmaßnahmen ist ausschließlich das Jugendamt verantwortlich.

Eine anfänglich in Betracht gezogene unmittelbare Weiterleitung eingehender Anrufe an das zuständige Jugendamt wurde nach Auswertung erster Erfahrungen verworfen, da festgestellt wurde, dass die Fachkräfte am anderen Ende der Leitung doch eine wichtige Filterfunktion haben.

## Eine Bilanz

Vom 1. Februar 2008 bis 31. Januar 2013 gingen 1.627 Meldungen bei der Kinderschutzhotline M-V ein.

Insgesamt waren 2.890 Kinder und Jugendliche betroffen. Über die Hälfte der betroffenen Kinder war unter sechs Jahre alt. Die meisten Meldungen kamen aus dem persönlichen Umfeld. 1.009 Anrufer wollten anonym bleiben. Darüber hinaus gab es 1.338 Auskunftersuchen, die an die Kinderschutzhotline herangetragen wurden.

Zudem verzeichnete die Hotline auch mittelbare Effekte. So hatten die Jugendämter des Landes seit dem Start dieses Angebots rund um die Uhr Bereitschaftsdienste vorzuhalten – was bis dahin keineswegs immer der Fall gewesen war. Zugleich kam es zu einer verstärkten eigenen Öffentlichkeitsarbeit der Jugendämter.

Die Diskussionen im Vorfeld der Hot-

# DEUTSCHE KINDERHILFE

## DIE KINDERVERTRETER



line hatten dazu geführt, dass sich die unterschiedlichen Akteure besser kennengelernt hatten und dem jeweils anderen die eigenen Zuständigkeiten, Möglichkeiten und Grenzen deutlich machen konnten. Dies erleichterte und verbesserte auch die Zusammenarbeit zu späteren Zeitpunkten und aus anderen Anlässen.

Ergänzt wird diese Vernetzung unter anderem durch ins Leben gerufene und vom Sozialministerium mittlerweile übernommene jährlich stattfindende Landeskinderschutzkonferenzen, bei denen Fachwissen vermittelt wird, ein Erfahrungsaustausch stattfindet und die Akteure der verschiedenen Bereiche zusammengebracht werden.

## Öffentlichkeitsarbeit

Bewährt hatte sich, dass die Nummer der Kinderschutzhotline in den lokalen täglich oder wöchentlich erscheinenden Printmedien leicht auffindbar unter „Bereitschaften“ platziert werden konnte. Zudem erhöhte die Deutsche Kinderhilfe e. V. deren Bekanntheitsgrad durch die Verteilung von mittlerweile rund 30.000 durch Sponsoren und Spendengelder finanzierte Schlüsselanhänger mit der Hotline-Rufnummer, die gezielt insbesondere an Menschen verteilt wurden, die von Berufs wegen mit Kindern zu tun haben.

Das Sozialministerium ließ anlässlich des einjährigen Bestehens eine Million







Die Hilfsnummer für Kinder in Meck-Pomm.

Foto: Jens Büttner/dpa

Flyer mit der Kinderschutzhotline an die Haushalte des Landes verteilen, und die Techniker-Krankenkasse stellte 10.000 Plakate bereit. Nach jeder Werbeaktion stieg die Zahl der eingehenden Hinweise deutlich an.

Die Hotline ist eine von mehreren Bausteinen auf dem Gebiet der Krisen-

intervention bei Gefahren für Kinder. Seit ihrer Einführung verdoppelte sich die Zahl der durch die Jugendämter zum Zwecke der Abwehr akuter Gefahren vorgenommener Inobhutnahmen von Kindern. Ähnliches gilt für die Zahl der bei der Polizei angezeigten Fälle. Das heißt, dass sich in Mecklenburg-Vorpommern

seit Februar 2008 die Wahrscheinlichkeit, dass ein akut gefährdetes Kind rechtzeitig aus seiner Krisensituation herausgeholt wird, etwa verdoppelt hat.

### Mut bewiesen

Zweifelsfrei führte die Kinderschutzhotline, die von der jetzigen Sozialministerin Manuela Schwesig übernommen wurde, zu erhöhten Personalbedarf und zu höheren Personalkosten bei den sogenannten Allgemeinen Sozialen Diensten (ASD) der Jugendämter. Darüber hinaus vermehrten sich die Hilfen zur Erziehung und nicht selten auch die Fremdunterbringungen der betroffenen Kinder, sei es in Einrichtungen des betreuten Wohnens oder in Pflegefamilien. In Mecklenburg-Vorpommern dürften sich durch den deutlichen Anstieg der Inobhutnahmen die Folgekosten für die Kommunen des Landes etwa verdoppelt haben. Mecklenburg-Vorpommern hat hier großen Mut bewiesen und sich für eine Verbesserung des Schutzes seiner Kinder entschieden. Dies sollte auch in anderen Bundesländern Schule machen.

Rainer Becker



## SENIORENjournal

Der Begriff Senior ist veraltet. „Das Wort Senior ist das Problem“, ist sich Evelin Hensel, Bezirksreferentin beim vom Bayerischen Landessportverband, sicher. Wer will schon Senior sein? Der klassische Seniorbegriff macht keinen rechten Sinn mehr.



Anton Wiemers

Der Senior im engeren Sinn hat heute andere Interessen. Die Senioren wurden vor einigen Jahren noch von den neuen Technologien überrollt, inzwischen haben wir aufgeholt. Die Nutzung des Internets ist auch für Ältere heute selbstverständlich.

Wer mitten im Leben steht weiß: Wer

alt werden will, darf kein Feigling sein! Das Altwerden bringt Lust und Last, Befreiung und Bürde, Loslassen und neues Beginnen. Das ist wahrhaftig nichts für Feiglinge. Es ist wie das Leben selbst – herausfordernd und lebensgefährlich.

In der Jugend mussten wir tun, was Eltern und Lehrer von uns verlangten. Als Erwachsene mussten wir die Anforderungen von Chefs erfüllen oder was die Familie von uns forderte. Im Rentenalter sind wir nun endlich unsere eigenen Chefs.

Wir Alten wollen nicht nur auf der Tribüne sitzen und uns am Tun der anderen amüsieren. Wir wollen weiterhin aktiv leben – aber vielleicht in einem gemächlicheren Tempo. Die Terminhoheit über die Agenda liegt bei uns. Aus freiem Ermessen können wir Ja oder Nein sagen. Wir müssen nicht mehr, wir dürfen und können. Wir dürfen auch mal etwas sein lassen und Gelassenheit entwickeln. Das ist so etwas wie späte, aber wohlverdiente

Freiheit, die wir genießen dürfen!

Wer heute 60 ist, kann davon ausgehen, über 80 Jahre alt zu werden. Das bedeutet, dass wir länger arbeitsfähig sind. Es gilt, die Chancen des Alters zu nutzen. So übernahm Michelangelo mit 71 Jahren die Bauleitung des Petersdoms, mit 73 schrieb der Philosoph Immanuel Kant die „Metaphysik der Sitten“, mit 80 vollendete Giuseppe Verdi seine Oper „Falstaff“, ebenfalls mit 80 Jahren Johann Wolfgang von Goethe seinen „Faust II“. Eine Hundertjährige wurde gefragt, was sie aus ihrem Leben gemacht habe. Ihre Antwort: „Das kann ich nicht sagen, ich arbeite immer noch daran.“

Nur wer nicht mehr neugierig ist und das Lernen aufgegeben hat, ist alt. Jeder Mensch sucht Erfüllung, Liebe, Sinn im Leben. Es geht darum, im Weniger das Mehr zu finden. Deswegen: Leben ist mehr – mach mehr aus deiner Zeit.

Anton Wiemers

Bundesseniorenvorsitzender



## Betriebliche Gesundheitsförderung in der Polizei

Eine unausgewogene Altersstruktur des Personalkörpers, hohe Krankenstände sowie der Anteil eingeschränkt verwendungsfähiger Mitarbeiter haben nicht nur in der Wirtschaft, sondern vor allem auch im Bereich der öffentlichen Verwaltung ein besorgniserregendes Ausmaß angenommen. Vor diesem Hintergrund wird die „betriebliche“ Gesundheitsförderung u. a. in der Vollzugspolizei zu einem wichtigen Baustein der Personalentwicklung. Ein Kernthema bildet hierbei der gesundheitsorientierte Dienstsport, der bislang jedoch kaum adäquat evaluiert worden ist.

Um dem bestehenden Wissensdefizit entgegenzuwirken, wurden im Rahmen einer Interventionsstudie die Auswirkungen eines präventiven Dienstsportprogramms bei der Polizei auf Gesundheitsindikatoren und Krankenstand untersucht. Der nun vorliegende Befund dürfte die Handlungssicherheit von Behörden und Betrie-

ben bei der Entscheidung, ob und wie in die Gesundheitsförderung der Mitarbeiter investiert werden soll, merklich erhöhen.

**Polizeiwissenschaft in Theorie und Empire: Band 2: Betriebliche Gesundheitsförderung in der Polizei – Zur Effektivität des gesundheitsorientierten Dienstsports, Torsten Weiler, Verlag für Polizeiwissenschaft, 244 Seiten, 22,90 Euro, ISBN 978-3-86676-277-0**

## Sozialrecht

Mit welchen Abschlägen muss ich rechnen, wenn ich vorzeitig in Rente gehe? Auf dem Weg zur Arbeit bin ich gestürzt und länger als sechs Wochen krank, erhalte ich volle Lohnfortzahlung vom Arbeitgeber oder nur Krankengeld von der Krankenversicherung? Wie kann ich die Anerkennung als Schwerbehinderter durchsetzen? Welche Leistungen kann ich in Anspruch nehmen, wenn mein Arbeitslohn nicht zum Leben reicht?

Wer sich solchen Fragen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gegenüber sieht, braucht Informationen über sozialrechtliche Regelungen. Denn im Falle eines Falles kommt es auf die Details an. Umfassende Antworten auf all diese Fragen und noch viel mehr bietet „Sozialrecht“, der Kompaktcommentar für die Arbeitnehmerberatung aus dem

BUND Verlag, und damit einen leichten Einstieg in diese komplexe Materie.

Die Kernpunkte der Kommentierung sind die Kranken-, Renten-, Unfall- und Pflegeversicherung mit dem Schwerpunkt auf dem Leistungsrecht, die Arbeitsförderung, die Grundsicherung für Arbeitssuchende und Rentner sowie die Sozialhilfe, Wohngeld, Kindergeld und Elterngeld und das Schwerbehindertenrecht.

Das Buch berücksichtigt zudem jüngste Neuerungen bei Regelungen der Hartz-IV-Reform, Änderungen im Bereich der Mini- und Midijobs, die Änderung zur Rentenversicherungspflicht geringfügig Beschäftigter und Änderungen zum Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz.

**Sozialrecht – Kompaktcommentar für die Arbeitnehmerberatung – SGB I bis SGB XII und SGG, Brall, Kerschbaumer, Scheer, Westermann (Hrsg.), Bund Verlag, gebunden, 2013, 2.112 Seiten, Subskriptionspreis bis 30. April 2013: 118 Euro, danach 139 Euro, ISBN 978-3-7663-6166-0**

MiZi



Nr. 4 • 62. Jahrgang 2013 • Fachzeitschrift und Organ der Gewerkschaft der Polizei



**Erscheinungsweise und Bezugspreis:**  
Monatlich 2,90 EURO zuzüglich Zustellgebühr. Bestellung an den Verlag. Für GdP-Mitglieder ist der Bezug durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.

## Deutsche Polizei

**Herausgeber:** Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Stromstr. 4, 10555 Berlin  
**Telefon Berlin** (030) 399921-0 Fax (030) 399921-200  
**Internet:** www.gdp.de

**Chefredakteur/Leiter Abt. Presse:**  
Rüdiger Holecek,  
**Stellv. Chefredakteurin/Stellv. Leiterin Abt. Presse:**  
Marion Tetzner  
**Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle, Stromstraße 4,**  
10555 Berlin  
**Telefon:** (030) 39 99 21 - 113, - 117,  
Fax (030) 39 99 21 - 200  
**E-Mail:** gdp-pressestelle@gdp.de  
**Grafische Gestaltung & Layout:**  
Rembert Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfasseramen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen und redaktionell zu bearbeiten.

In DEUTSCHE POLIZEI veröffentlichte Beiträge werden ggf. auf www.gdp.de und GdP-APP verbreitet.



**VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH**  
**Anzeigenverwaltung**  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-183,  
Fax (0211) 7104-174  
**E-Mail:** av@vdpolizei.de

**Geschäftsführer:**  
Bodo Andrae, Joachim Kranz

**Anzeigenleiterin:**  
Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 35 vom 1. Januar 2013



**Druckauflage dieser Ausgabe:**  
176.737 Exemplare  
ISSN 0949-2844

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co.KG,  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern,  
Postfach 1452, 47594 Geldern,  
Telefon (02831) 396-0,  
Fax (02831) 89887

### Titel

Foto:  
Sebastian Widmann/  
dapd  
Gestaltung:  
Rembert Stolzenfeld



# Jetzt neu: **VDP eBook**



**Folgende Titel sind derzeit als E-Book zum Preis von 12,99 € verfügbar:**

- Band 1: Grundlagen der Kriminalistik/Kriminologie
- Band 4: Identifizierung von Personen
- Band 5: Die Beschuldigtenvernehmung
- Band 6: Grundlagen der Rechtsmedizin
- Band 7: Polizeibeamte als Zeugen vor Gericht
- Band 8: Tatortarbeit
- Band 11: Polizeiforschung für Studium und Praxis
- Band 12: Bearbeitung von Jugendsachen
- Band 13: Kriminalistische Fallanalyse
- Band 14: Der kriminalistische Beweis
- Band 15: Todesermittlungen
- Band 16: Grundlagen der Kriminaltechnik I
- Band 17: Grundlagen der Kriminaltechnik II
- Band 18: Delikte gegen Kinder

Ab sofort können Sie unsere Bücher auf ihrem E-Book-Reader, Tablet-PC oder auch Smartphone lesen!

Wir starten mit Titeln aus unserer Reihe der Lehr- und Studienbriefe und planen, diesen Bereich fortlaufend zu erweitern. Sie erhalten die Bücher im EPub- bzw. Mobipocket-Format auf allen gängigen Plattformen. Damit können Sie die Bücher bequem kaufen und auf dem iPad, Kindle, Sony-Reader und anderen Geräten problemlos lesen!

**Sie finden die E-Books auf allen bekannten und gängigen Plattformen wie beispielsweise:**

- iBook Store
- [www.amazon.de](http://www.amazon.de)
- [www.bol.de](http://www.bol.de)
- [www.buch.de](http://www.buch.de)
- [www.buecher.de](http://www.buecher.de)
- [www.ciando.com](http://www.ciando.com)
- [www.hugendubel.de](http://www.hugendubel.de)
- [www.libreka.de](http://www.libreka.de)
- [www.ebook.de](http://www.ebook.de)
- [www.osiander.de](http://www.osiander.de)
- [www.thalia.de](http://www.thalia.de)
- [www.weltbild.de](http://www.weltbild.de)
- [www.txtr.com](http://www.txtr.com)

**Weitere Titel in Planung!**

Aktuelle Informationen finden Sie in unserem Book-Shop unter [www.vdpolizei.de](http://www.vdpolizei.de).



**VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Buchvertrieb**  
Forststraße 3a • 40721 Hilden • Tel.: 0211/7104-212 • Fax: -270 • E-Mail: [vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de](mailto:vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de) • [www.VDPolizei.de](http://www.VDPolizei.de)

# Wer will schon so sein wie andere? Wir machen Sie einzigartig!

Travel Cover vereint Eleganz, Funktionalität und Strapazierfähigkeit in einem. Hochwertiges schwarzes Polyester/ Polycarbonat-Material gibt dieser Reise-Serie das gewisse Etwas.

Mit individuelle gestaltetem Front-Cover – ein Unikat auf jedem Gepäckband.



## Rucksack Cover

Gepolsterter Rücken, verstellbare Schultergurte, Netzfächer seitlich, Reißverschluss- und Laptopfach innen.

Maße: 39 x 30 x 15 cm

Gewicht: 1,6 kg.

**25-5614      65,95 €**



## Trolley Cover mit 4 Rollen 55 cm

Ausziehbarer Griff, TSA-Schloss, 2 Netzfächer mit Reißverschluss, verstellbare Packriemen. Handgepäck geeignet.

Größe: 55 x 35 x 22 cm

Gewicht: 3,8 kg.

**25-5714      99,95 €**



## Trolley Cover mit 4 Rollen 67 cm

Ausziehbarer Griff, TSA-Schloss, 2 Netzfächer mit Reißverschluss, verstellbare Packriemen.

Größe: 67 x 45 x 26 cm

Gewicht: 4,8 kg.

**25-5814      101,95 €**

## Smartphone Cases – Stil und Schutz in einem!

Gemeine Kratzer und nervige Dellen zieren die Oberfläche vieler Handys. Mit den GdP-Smartphone Cases werden unerwünschten Kratzer und Macken nicht nur perfekt abdecken, sondern neue Kratzer haben keine Chance das Äußere zu verunstalten.

- Geringe Materialstärke
- Blitzschnelle Anbringung
- Jederzeit rückstandslos entfernbar
- Schützt das Handy vor Kratzern und vor Bruch

Material: Polycarbonat

iPhone 4/4S      25-5604

iPhone 5      25-5704

Samsung Galaxy S3      25-5804

(Weitere Modelle sind z.Zt. leider nicht verfügbar)

**Einzelpreis 10,95 €**



**Wichtig:** Bei Auftragswert unter 100,- Euro zuzüglich 4,50 Euro Porto- und Versandkosten. Nutzen Sie den Vorteil einer Sammelbestellung. Lieferung erfolgt auf Rechnung! **Ihre Bestellung richten Sie bitte an die:**

**Organisations- und Service-Gesellschaft der Gewerkschaft der Polizei mbH**

Postfach 309 • 40703 Hilden • Tel.: 02 11/7104-168 • Fax: -4165 • [osg.werbemittel@gdp.de](mailto:osg.werbemittel@gdp.de) • [www.osg-werbemittel.de](http://www.osg-werbemittel.de)